

VAS

**Das Vertriebenen-, Aussiedler- und
Spätaussiedlerjournal in NRW**



Der Landesbeirat
für Vertriebenen-, Flüchtlings-
und Spätaussiedlerfragen



Konstituierung des Landesbeirats

für Vertriebenen-, Flüchtlings-
und Spätaussiedlerfragen

[ab Seite 6](#)

Escape Game

im Museum für
russlanddeutsche
Kulturgeschichte

[ab Seite 24](#)

Empfang des Ministerpräsidenten

zum Tag der neuen Heimat

[ab Seite 22](#)

Tag der neuen Heimat

im Landtag

[ab Seite 16](#)

Veranstaltungen zum Gedenken

an den 17. Juni 1953

[ab Seite 32](#)

Neuer Landesvorstand

der Siebenbürger Sachsen
in NRW

[ab Seite 50](#)

Editorial 1/2023



Liebe Leserinnen und Leser,

auch in dieser Ausgabe können wir Ihnen wieder einen umfassenden Einblick in die Arbeit des Landesbeirats, des Landesbeauftragten sowie der Verbände und Institutionen geben.

Über das Gedenken anlässlich des 70. Jahrestages des Volksaufstandes in der ehemaligen DDR und Berichten zu den verschiedenen Veranstaltungen zum Tag der (neuen) Heimat bis hin zu Neuerungen beim Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold reicht die Palette der Artikel.

Ausführliche Berichte über die Konstituierung des Landesbeirats sowie über die Berufung der Neumitglieder dürfen natürlich nicht fehlen. Ich bin sehr froh, dass - bis auf einige wenige - alle angeschriebenen Verbände, Landsmannschaften und Institutionen Personalvorschläge für den Landesbeirat gemacht haben. Die Reaktionen sind für mich auch immer Zeichen der Lebendigkeit der Vereine und Einrichtungen und dem damit verbundenen Interesse, zusammen mit allen zum Wohle des Landes Land Nordrhein-Westfalen an der Zukunft zu arbeiten.

Dies ist keine vollständige Aufzählung aller Artikel in dieser Ausgabe, aber alleine die Auswahl der Aktivitäten, die wir in einer Ausgabe abbilden können, macht deutlich, dass in der „Community“ der Heimatvertriebenen, der (Spät-)Aussiedlerinnen und Aussiedler sowie der Übersiedlerinnen und Übersiedler sowie Flüchtlingen aus der ehemaligen DDR, nach wie vor viele Aktivitäten und Begegnungen stattfinden. Diese Gruppen stellen somit einen wichtigen Bestandteil des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens hier in Nordrhein-Westfalen dar. An dieser Stelle sei allen Engagierten – insbesondere den Ehrenamtlichen – recht herzlich für Ihr Engagement gedankt!

Dieses Engagement zu erhalten und zu unterstützen, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Auch der Landesbeirat, der im November sein 75-jähriges Bestehen feiert, leistet gerne seinen Beitrag. Jetzt und in Zukunft!

In diesem Sinne grüßt Sie herzlich

Ihr Heiko Hendriks

Vorsitzender des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen

In dieser Ausgabe

- | | | | |
|-----------|--|-----------|--|
| 4 | Neuberufung des Landesbeauftragten | 42 | Bildungs- und Vermittlungsangebote zur neuen Dauerausstellung im Haus Schlesien |
| 5 | Die neuen Spätaussiedlerzahlen | 44 | Heiko Hendriks im Gespräch mit Abgeordneten der deutschen Minderheit in Ungarn |
| 6 | Konstituierung Landesbeirat | 46 | Durch das virtuelle Heimat-sammlungs-Bildungshaus Geschichte lebendig vermitteln |
| 8 | Vorstellung der Mitglieder des neuen Landesbeirats | 48 | Begegnungstagung der Kulturstiftung der Vertriebenen in Bonn |
| 14 | Sitzung des Landesbeirats im Haus Schlesien | 50 | Neuer Landesvorstand der Siebenbürger Sachsen in NRW |
| 16 | Tag der neuen Heimat in Düsseldorf | 52 | BdV-Jahresempfang in Berlin |
| 20 | Tag der Heimat in Berlin | 56 | Buchvorstellung „Goldener Boden“ |
| 22 | Empfang des Ministerpräsidenten zum Tag der Heimat | 57 | Nachruf auf Dr. Martin Sprungala, Bundessprecher der Landsmannschaft Weichsel-Warthe |
| 24 | Escape Game im Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte | 58 | Nachruf auf Hans-Joachim Muschiol, Träger des Bundesverdienstkreuzes und des Schlesierschildes |
| 28 | Medienprojekt Junge Russlanddeutsche | 60 | 70 Jahre schlesische Trachten- und Jugendgruppe „Altwater/Rübezahl“ Iserlohn |
| 30 | Demokratiecamp des JS DR in Nordrhein-Westfalen | 64 | Chronik des Landesbeirats Kapitel VII - Unverdrossen für die Einheit Teil 1 |
| 32 | Veranstaltungen zum Gedenken an den 17. Juni 1953 | 67 | VAS online |
| 35 | Buchrezension „Unser Leben mit der Stasi“ | 68 | Impressum |
| 36 | Informationen zum strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz in NRW | | |
| 38 | Heiko Hendriks besucht die Hindenburger Heimatsammlung in Essen | | |
| 40 | Feierstunde der Kreisgemeinschaft Neidenburg in Bochum | | |

Bildnachweise Cover (im Uhrzeigersinn): Bürgermedaille Stadt Düren für SED-Zeitzeugen Peter Hippe (MKW) / Gruppenbild neuer Landesbeirat, März 2023 (MKW) / Ministerpräsident Hendrik Wüst beim Empfang zum Tag der Heimat (Land NRW/Sondermann) / Tag der neuen Heimat im Landtag (Landesbeirat/Langen) / Bilder vom 17. Juni 1953 im Zeitzeugengespräch Landtag NRW (Hermenau)

HEIKO HENDRIKS BLEIBT BEAUFTRAGTER FÜR DIE BELANGE VON DEUTSCHEN HEIMATVERTRIEBENEN, AUSSIEDLERN UND SPÄTAUSSIEDLERN

Weitere fünf Jahre Ansprechpartner für deutsche Heimatvertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler

Die nordrhein-westfälische Landesregierung hat Heiko Hendriks (Mülheim an der Ruhr) für weitere fünf Jahre zum Beauftragten für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern bestellt. Darüber hinaus hat das Ministerium für Kultur und Wissenschaft Herrn Hendriks erneut zum Vorsitzenden des Landesbeirates für Vertriebenen-, Aussiedler- und Spätaussiedlerfragen benannt. Der 56-jährige Heiko Hendriks übt die beiden Funktionen seit Februar 2018 aus.

Deutsche Heimatvertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler sowie Übersiedler und Flüchtlinge aus der damaligen DDR sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und engagieren sich auf vielfältige Art und Weise in Nordrhein-Westfalen. Dies will die Landesregierung besonders würdigen und durch einen Ansprechpartner für diese Zielgruppe begleiten.

Gonca Türkeli-Dehnert, Staatssekretärin im Ministerium für Kultur und Wissenschaft: „Heiko Hendriks hat in den vergangenen Jahren bewiesen, dass es durch die Funktion des Beauftragten möglich ist, die Interessen der Gruppen gezielt zu vertreten und ihnen Gehör zu verschaffen. Die erneute Berufung drückt somit nicht nur die Wertschätzung für seine geleistete Arbeit, sondern auch für die zugewanderten Menschen, ihre Anliegen sowie ihre spezifischen Lebenswege aus.“



Gonca Türkeli-Dehnert, Staatssekretärin im Ministerium für Kultur und Wissenschaft, und **Heiko Hendriks**, Beauftragter der Landesregierung für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern.
(Foto: MKW NRW)



Ich sage zu, dass ich mich weiterhin mit großem Engagement dem Aufgabenfeld widmen werde.

HEIKO HENDRIKS

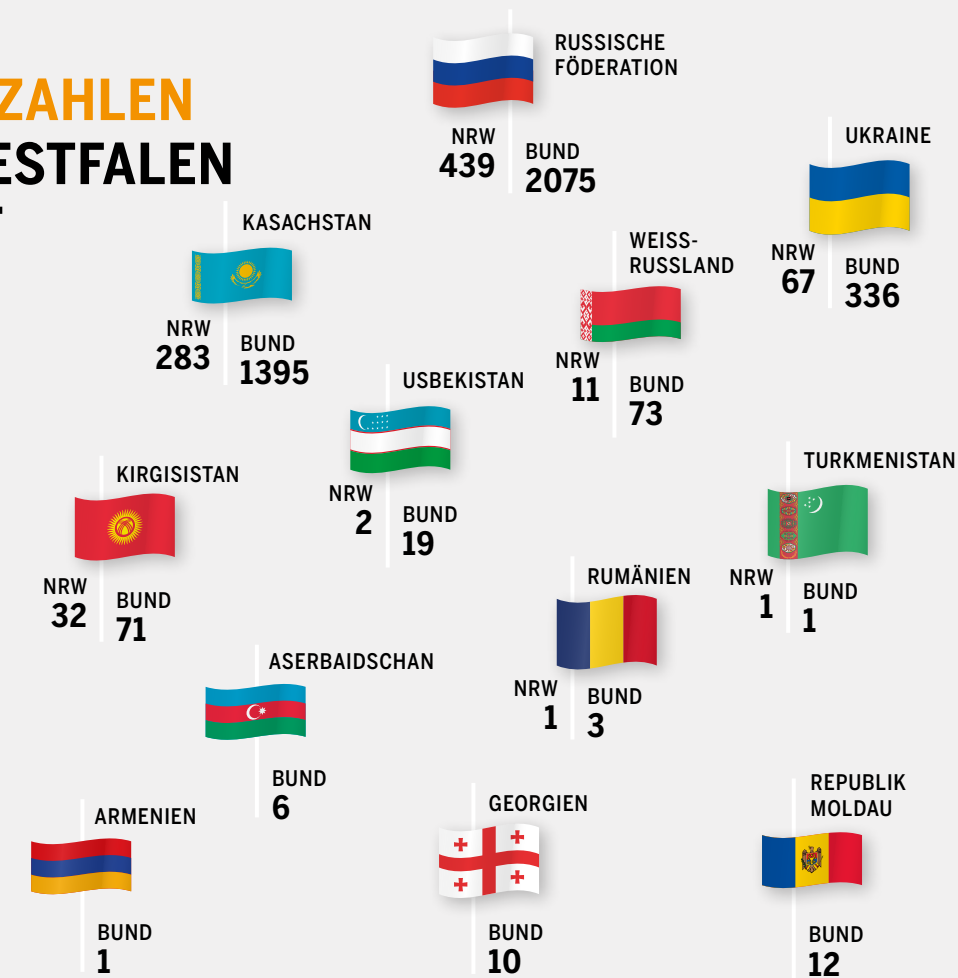
Heiko Hendriks: „Ich freue mich über die erneute Berufung und bedanke mich sehr herzlich für das entgegengebrachte Vertrauen. Ich sage zu, dass ich mich weiterhin mit großem Engagement dem Aufgabenfeld widmen werde.“

In einer Phase, in der es für Vertriebene auch gilt, den Übergang von der Erlebnisgeneration zu nachfolgenden Generationen zu gestalten, hat der Angriffskrieg auf die Ukraine noch einmal verdeutlicht, wie eng die Bezüge der Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern zu aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen sind. Es gilt stärker als bisher zu verdeutlichen, welche Gemeinsamkeiten zwischen diesem Personenkreis im Hinblick auf Aufgabe des bisherigen Lebens und einem Ankommen in einer neuen Gesellschaft mit jetzt neu zu uns kommenden Menschen bestehen.

SPÄTAUSSIEDLERZAHLEN IN NORDRHEIN-WESTFALEN UND BUNDESWEIT

In der Zeit von Oktober 2022 bis März 2023 sind in **Nordrhein-Westfalen** insgesamt 848 Menschen nach den Regelungen des BVFG aufgenommen worden.

In der **Bundesrepublik Deutschland** wurden im Zeitraum April bis September 2022 insgesamt 4.005 Personen nach den Regelungen des BVFG aufgenommen. Von diesen 4.005 Personen waren 1.071 Personen deutsche Volkszugehörige im Sinne des § 4 BVFG. 2.440 Personen sind gemäß § 7 BVFG als Ehegatten oder Abkömmlinge eines Spätaussiedlers und 494 Personen als Familienangehörige gemäß § 8 BVFG eingereist.



Quellen: <https://www.bra.nrw.de/integration-migration/kompetenzzentrum-fuer-integration/aufnahme-nach-ss-14-des-teilhabe-und-integrationsgesetzes> – https://www.bva.bund.de/DE/Services/Buerger/Migration-Integration/Spaetaussiedler/Statistik/Monatsstatistik/7a_Monatsstatistik.html?nn=152658

KONSTITUIERUNG DES LANDESBEIRATS FÜR VERTRIEBENEN-, FLÜCHTLINGS- ZUND SPÄTAUSSIEDLER- FRAGEN

Staatssekretärin Türkeli-Dehnert: Die persönlichen Erfahrungen von Vertriebenen und Spätaussiedlern helfen bei der Diskussion über das Thema Einwanderung



Fotos:
MKW NRW



Im Rahmen der Neukonstituierung des nordrhein-westfälischen Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen, der in diesem Jahr sein 75-jähriges Bestehen feiert, machte die Staatssekretärin im Ministerium für Kultur und Wissenschaft, Gözka Türkeli-Dehnert, deutlich, dass „die persönlichen Geschichten und Erfahrungen von Vertriebenen uns helfen können, auch noch einmal neu und anders über das Thema Einwanderung in unserer Gesellschaft zu diskutieren“.

Sie sagte: „Wir befinden uns in einer Phase, in der es für Vertriebene gilt, den Übergang von der Erlebnissgeneration zu nachfolgenden Generationen zu gestalten und gerade dieses Wissen zu erhalten und ihre Erfahrungen mit heute abzugleichen. Nicht zuletzt der Angriff auf die Ukraine hat uns das noch einmal deutlich vor Augen geführt. Unser Ziel muss es sein, die nachfolgenden Generationen für die Themen Flucht und Vertreibung zu gewinnen, sie zu Zeitzeugen zu machen und so ihr Interesse an der Kulturarbeit und für Völkerverständigung zu gewinnen. Ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit liegt daher in der Erinnerungskultur und Bildungspolitik. Das gilt auch für die Spätaussiedlerinnen

und Spätaussiedler, die zu einem späteren Zeitpunkt andere Erfahrungen gemacht haben.“

Zuvor hatte der Vorsitzende des Landesbeirats, Heiko Hendriks, deutlich gemacht, dass er froh ist, dass 30 Aktive aus der Vertriebenen sowie der (Spät-)aussiedler Community gewonnen werden konnten, gut fünf Jahre ihre Expertise diesem Gremium zur Verfügung zu stellen, um die Landesregierung effizient beraten zu können. Hendriks sagte: „Die heute hier anwesenden 13 Frauen und 17 Männer bilden die Zielgruppen hervorragend ab und werden, egal ob sie in einer Landsmannschaft oder in einer einschlägigen Kultureinrichtung tätig sind, mit ihren Erfahrungen und auch ihrem Wissen sicherlich dazu beitragen, dass der Landesbeirat in Zukunft noch mehr Gehör finden wird!“

Die Mitglieder des Landesbeirats verständigten sich in der Sitzung auch darauf, im Bedarfsfall Arbeitskreise zu spezifischen Themen ins Leben zu rufen sowie den Tag der neuen Heimat und die regelmäßige Herausgabe des Vertriebenen- und Aussiedler Journals mit zu begleiten.

Konstituierung des Landesbeirats für Vertriebenen-,
Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen

DIE NEU BERUFENEN MITGLIEDER DES LANDES- BEIRATS STELLEN SICH VOR



Prof. Dr. Winfrid Halder,
Direktor der Stiftung
Gerhart-Hauptmann-Haus



Dina Horn,
Leiterin der
Bibliothek der
Stiftung Gerhart-
Hauptmann-
Haus



Kornelius Ens,
Direktor des
Museums
für russland-
deutsche
Kulturgeschichte
in Detmold



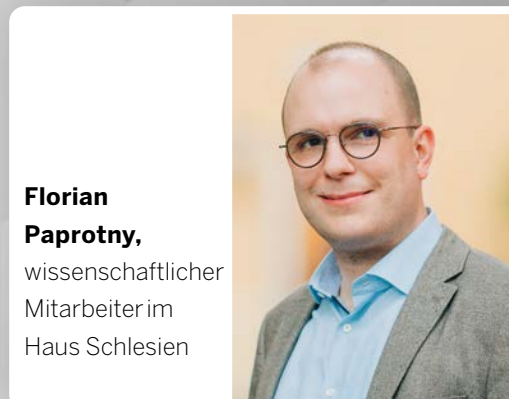
Heinrich Wiens, Kurator für
Bildung und Vermittlung am
Museum für russlanddeutsche
Kulturgeschichte in Detmold



Dr. Nike Alkema,
Geschäftsführerin
Akademie am Tönsberg



Dr. Johannes Stefan Müller,
Vorsitzender Trägerverein
Akademie am Tönsberg



**Florian
Paprotny,**
wissenschaftlicher
Mitarbeiter im
Haus Schlesien



Marcel Suchanek,
Doktorand und Mitarbeiter im
Haus Schlesien



Barbara Kämpfert,
Wissenschaftliche Mitarbeiterin
der Kulturstiftung der
Vertriebenen



**Thomas
Konhäuser,**
Geschäftsführer
Kulturstiftung
der Vertriebenen

Fotos: MKW NRW



Konstituierung des Landesbeirats für Vertriebenen-,
Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen

DIE NEU BERUFENEN MITGLIEDER DES LANDESBEIRATS STELLEN SICH VOR



Rudi Pawelka,
Vorsitzender
Bund der
Vertriebenen,
Landesverband
NRW e.V.



Lilia Lawruk,
Leiterin des
Integration-
Kulturzentrums
im Kreis
Mettmann e. V



Heinrich Zertik,
Vorsitzender
des Vereins
Freundschaft-
Druschba e.V.



Dr. Bärbel Beutner,
Stv. Vorsitzende im Bund der
Vertriebenen, Landesverband
NRW e.V.



Dietmar Schulmeister,
Vorsitzender der Landsmann-
schaft der Deutschen aus
Russland e.V. in NRW



Ludmila Esaulov, Vorsitzende
der Gemeinschaft der Deutschen
aus Russland Iserlohn



Alla Weber,
Vorstandsmitglied
im Elternnetzwerk
NRW – Integration
miteinander e.V.



Elena Haag, tätig in der Jugend-
arbeit und im Kulturbereich im
JSDR e.V. NRW



Julia Lebedev-Issa,
Mitglied im Vorstand der
Landsmannschaft der
Deutschen aus Russland
e.V. in NRW



Waldemar Weiz, Bundes-
vorsitzender des Jugend- und
Studentenringes der Deutschen
aus Russland (JSDR e.V.)



Rainer Lehni,
Bundesvorsitzender
Verband der Sieben-
bürger Sachsen,
Vorsitzender der
Landesgruppe NRW

Fotos: MKW NRW



Konstituierung des Landesbeirats für Vertriebenen-,
Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen

DIE NEU BERUFENEN MITGLIEDER DES LANDESBEIRATS STELLEN SICH VOR



Winfried Göllner,
Landesjugendreferent im
Verband der Siebenbürger
Sachsen, Landesgruppe
NRW



Edgar Born, Pfarrer i.R.,
Aussiedlerbeauftragter der
evang. Kirche in Westfalen



Christian Gradt, Vorsitzender
der Bundesgruppe der Deutschen
Jugend in Europa-Pommern



**Margarete
Polok,**
wissenschaftliche
Bibliothekarin in
der Martin-Opitz-
Bibliothek



**Rainer
Hoverath,**
Beauftragter für
die Vertriebenen-
und Aussiedler-
Seelsorge im
Erzbistum Köln



Dr. Gabriele Uelsberg,
Präsidium der Stiftung
Haus der Geschichte NRW



Dr. Peter Henkel,
Stiftung Haus der
Geschichte NRW



Dr. Christian Chmel-Menges,
Dezernent des Dezernates
36 bei der Bezirksregierung
Arnsberg



Brunhild Fehrmann,
Bezirksregierung Arnsberg,
Dezernat 36, Kompetenzzentrum
für Integration

Fotos: MKW NRW





Führung durch das Museum unter der Leitung von Nicola Remig (Bild: Landesbeirat NRW)

Die Mitglieder des Landesbeirats vor dem Haus Schlesien (Bild: Landesbeirat NRW)



Die Mitglieder des Landesbeirats während der Landesbeiratssitzung (Bild: Landesbeirat NRW)



Die Mitglieder des Landesbeirats in der Dauerausstellung „Schlesische Erinnerungsorte“ (Bild: Landesbeirat NRW)

Der Landesbeirat zu Besuch im Haus Schlesien in Königswinter

Am 18. August 2023 fand die zweite Vollversammlung des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen in diesem Jahr statt. Zur zweiten Vollversammlung in diesem Jahr kamen die Mitglieder des Landesbeirats diesmal im Haus Schlesien in Königswinter-Heisterbacherrott zusammen.

Nach der Begrüßung ging der Vorsitzende Heiko Hendriks in seinem Bericht u.a. auf die Modalitäten des sogenannten Härtefallfonds und auf seine Termine in den letzten Monaten ein. Der Vorsitzende und die Beiratsmitglieder zogen außerdem ein positives Fazit zum Tag der neuen Heimat, der am 11. August mit über 120 Gästen im nordrhein-westfälischen Landtag in Düsseldorf stattgefunden hat.

In der anschließenden Aussprache der Mitglieder des Landesbeirats wurde herausgearbeitet, wie wichtig es ist, insbesondere junge Menschen mit den Themen und der Geschichte der

Vertriebenen und (Spät-) Aussiedler vertraut zu machen. Künftig will sich der Landesbeirat daher verstärkt damit auseinandersetzen, welchen Wissensstand junge Menschen in Nordrhein-Westfalen über diesen Teil der deutschen Geschichte haben und welches Bewusstsein für diese Themen besteht. Dazu soll sich ein Arbeitskreis in einem ersten Schritt mit den Lehrplänen der weiterführenden Schulen beschäftigen und ggf. Verbesserungsvorschläge erarbeiten.

Im Anschluss an die Vollversammlung stand nach einer kurzen Unterbrechung zum Zwecke des Austauschs und der Erfrischung der zweite Tagesordnungspunkt für die Mitglieder des Landesbeirats an: eine Führung durch die Dauerausstellung des Museums, dem Dokumentations- und Informationszentrum für schlesische Landeskunde.

Unter dem Titel „Schlesische Erinnerungsorte“ zeigt die Dauerausstellung des Museums seit Mai 2022 auf rund 300 Quadratmetern Fläche

eine facettenreiche Erinnerungslandschaft und eine Reise durch die wechselhafte Geschichte Schlesiens als Teil der europäischen Kulturlandschaft. Zu Beginn folgte eine kurze thematische Einführung durch die Leiterin Nicola Remig. Anschließend machte sich die Gruppe zunächst auf den Weg zur weitläufigen Gartenanlage des Haus Schlesiens, welche selbst Teil der Ausstellung ist. Das gute Wetter erlaubte es den Beiratsmitgliedern, einen Spaziergang durchs Grüne zu machen. Dieser wurde von interessanten Ausführungen und Erklärungen über die Ausstellungsstücke und Skulpturen des Gartens von Nicola Remig bereichert.

In den Innenräumen des Haus Schlesien befindet sich der weitere Teil der Dauerausstellung. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten die Gelegenheit, die acht „Häuser“ der Ausstellung zu begehen und dabei die verschiedenen Medien- und Mitmachstationen und Original-Exponate zu erleben, während sie in der informativen und abwechslungsreichen Führung Vieles, sowohl über die Wirtschaftsgeschichte Schlesiens als auch über die Verarbeitung der Verlusterfahrungen der Schlesier, erfahren konnten. Die anschaulichen Exponate des Museums boten dabei reichlich Gelegenheit zu Gesprächen und Diskussion.



Das Haus Schlesien

Mit der Gründung des Hauses Schlesien hat der Verein „HAUS SCHLESIEN – Deutsches Kultur- und Bildungszentrum e.V.“ im rheinischen Siebengebirge bei Bonn ab 1978 einen Ort der Erinnerung und Heimat für die vertriebenen Schlesier geschaffen. Das Haus Schlesien bietet neben seiner Gastronomie und seinen Gästezimmern viel Platz für Veranstaltungen unterschiedlichster Art und dient durch seine Bibliothek und das Museum darüber hinaus als Bildungs- und Kulturstätte.

Das Dokumentations- und Informationszentrum für schlesische Landeskunde hat über die Jahrzehnte eine umfangreiche Sammlung schlesischen Kulturguts kuratiert. Seit 1996 engagiert sich der Verein außerdem für die Vertiefung der deutsch-polnischen Beziehungen und lädt jedes Jahr unter dem Titel „Schlesische Begegnungen“ eine ausgewählte Gruppe polnischer Studenten von schlesischen Hochschulen ein, um an Stundenseminaren teilzunehmen.

„Tag der neuen Heimat“

MINISTER LIMINSKI WÜRDIGT DIE LEISTUNGEN DER HEIMATVERTRIEBENEN UND SPÄTAUSSIEDLER



Auf Einladung des Präsidenten des Landtags, André Kuper MdL, und des Vorsitzenden des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen des Landes Nordrhein-Westfalen, Heiko Hendriks, wurde am 11. August 2023 im Plenarsaal des Landtags in Düsseldorf mit über 120 Gästen der diesjährige „Tag der neuen Heimat“ gefeiert.

Unter den geladenen Gästen waren Mitglieder von Verbänden, Organisationen und Einrichtungen der Kulturpflege der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler in NRW. Mehr als zwei Drittel waren Vertreterinnen und Vertreter der russlanddeutschen Verbände. Auch Abgeordnete der Fraktionen waren gekommen.

Grußwort des Landtagspräsidenten

Nach einer musikalischen Eröffnung durch das Streicherensemble der August-Hermann-Francke-Schulen aus Detmold unter der Leitung von Dr. Matthias Lang, begrüßte der Landtagspräsident André Kuper die Gäste und hieß sie im Landtag von Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. In seinem Grußwort ging er auf den Krieg in der Ukraine ein und spannte einen Bogen zu der Geschichte der deutschen Heimatvertriebenen und Aussiedler. Wörtlich sagte er „Heimatvertriebene und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler einten individuelle und wechselvolle Geschichten, die über viele Jahre zu erfolgreicher Integration geführt haben. Auch heute kommen Menschen zu uns, die vor Kriegen oder menschenverachtender Politik fliehen. Besonders der

ihm in den letzten Monaten deutlich gemacht haben, wie sehr sie mit den betroffenen Menschen in der Ukraine mitfühlen. Er habe den Eindruck, dass dieses Mitgefühl noch ein Stück größer als in der Gesamtgesellschaft sei. Wörtlich sagte er: „Dies ist auch nicht verwunderlich, da viele Deutsche aus Russland persönliche Bindungen in die Kriegsgebiete haben, oftmals sogar familiäre Wurzeln! Somit ist dies für alle, aber insbesondere für die Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, eine besonders schwierige Zeit!“

Gäste aus der Ukraine

Er freute sich, unter den Gästen auch die Vorsitzende und weitere Vertreterinnen und Vertreter der deutschen Minderheit aus Mariupol (Ukraine) sowie Vertreterinnen des deutsch-ukrainischen Vereins „Blau-Gelbes Kreuz“ begrüßen zu können.

Garantiefonds Hochschule im Fokus

Kritik übte der Vorsitzende an der seitens des Bundesfamilienministeriums angekündigten ersatzlosen Streichung

André Kuper, MdL,
Präsident des Landtags



Heiko Hendriks,
Vorsitzenden des
Landesbeirats



Angriffskrieg Russlands und seine Folgen zeigen, wie integrativ die Vertriebenen-Gemeinschaft wirkt. Sie unterstützt Geflüchtete mit zahlreichen Hilfsaktionen und signalisiert, dass es einen sicheren Platz für sie gibt.“

Der Vorsitzende des Landesbeirats, Heiko Hendriks, machte in seiner Rede deutlich, dass viele Anwesende, aber auch weitere Personen aus der russlanddeutschen Community

des Garantiefonds Hochschule: „Mit diesem Bundesprogramm werden diejenigen Zugewanderten unterstützt, die z.B. ein im Herkunftsland begonnenes Studium fortsetzen wollten oder ein Studium beginnen möchten. Förderberechtigt sind auch Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler. Unter anderem hat die in Bonn ansässige Otto-Benecke-Stiftung mit dem Programm seit 1965 mehr als 500.000 Zugewanderte – darunter viele Spätaussiedlerinnen und

Spätaussiedler – bei der Aufnahme, Fortsetzung und Ergänzung ihrer akademischen Ausbildung in Deutschland unterstützt. Wenn diese Förderung ersatzlos gestrichen wird, verspielen wir ein Stück unserer Zukunft! Hier ist der Bund meines Erachtens in der Pflicht, Alternativen für eine Förderung aufzuzeigen“, so Hendriks wörtlich.

Festvortrag vom Europaminister

Den Festvortrag hielt in diesem Jahr der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien des Landes Nordrhein-Westfalen und Chef der Staatskanzlei, Nathanael Liminski. Er dankte dem Landesbeirat für die Durchführung des Tages der neuen Heimat und führte wörtlich aus: „Wir würdigen heute die Leistungen der Millionen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler. Flucht und Vertreibung haben uns als Land und Gesellschaft vielfach geprägt. Die Erfahrungen und das Wissen der Vertriebenen können uns helfen, junge Menschen für die Themen Flucht und Vertreibung zu sensibilisieren und für die Völkerverständigung zu gewinnen. Das gilt ganz aktuell auch für die mehr als 220.000 ukrainischen Flüchtlinge hier in Nordrhein-Westfalen, denen wir einen sicheren Zufluchtsort bieten möchten und denen wir durch die Erfahrungen der Vertriebenen von

damals das Ankommen und die gesellschaftliche Integration so stark wie möglich erleichtern wollen.“

Intensive Talk-Runde

In einer anschließenden Talkrunde unter der Moderation von Heiko Hendriks mit der Lyrikerin und Lehrerin, Dr. Lilli Gebhard, sowie dem Direktor des Museums für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold, Kornelius Ens, ging es um die Fragen der Beheimatung, politischen Bildung, der Möglichkeiten der Kunst, meinungsbildend zu wirken sowie der Haltung der Deutschen aus Russland zum Krieg in der Ukraine. Beide gaben ihre persönlichen Sichtweisen auf die Community wieder, teilweise verbunden mit ihren eigenen Familiengeschichten und ihrem russlanddeutschen Hintergrund. Dass sowohl die russlanddeutsche Community als auch die Gesamtgesellschaft zu wenig über die Geschichte der Deutschen aus Russland wüssten, war eine der vielen Übereinstimmungen. Das lebhaftes Gespräch gab viele Impulse zum Nachdenken und sorgte auch im Nachgang für viel Gesprächsstoff.



DR. LILLI GEBHARD

ist Lyrikerin und Lehrerin für Geschichte und Deutsch. Danzig, Ukraine, Sibirien und der Nord-Ural sind Stationen ihrer Vorfahren. In den Gedichten in ihrem Band „Wie Schatten werden“ schreibt sie über die leidvolle russlanddeutsche Vergangenheit, entwickelt aber auch Zukunftsperspektiven. Sie versucht die emotionale Seite der leidvollen Erfahrungen spürbar zu machen und zeigt gleichzeitig mögliche Auswege auf. In ihrer Dissertation („Identitätskonstruktionen russlanddeutscher Mennoniten im Spiegel ihrer Literatur“, 2014,) beschreibt sie Rollenvorstellungen, Ideale und Vorstellungen von Heimat und Familienkonstellationen.

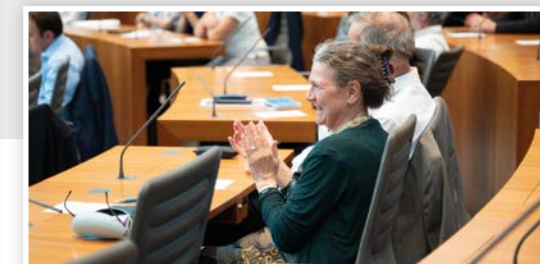
NATHANAEL LIMINSKI

ist seit 2001 Mitglied der CDU und studierte von 2006 – 2010 Mittelalterliche und Neuere Geschichte im Hauptfach mit den Nebenfächern Politikwissenschaft und Staatsrechtslehre an der Universität Bonn. Er verbrachte ein Auslandssemester an der Pariser Universität Sorbonne. Sein Studium schloss er mit dem Magister Artium ab. Seit 2017 ist Liminski Chef der Staatskanzlei Nordrhein-Westfalen und seit Juni 2022 zusätzlich Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien des Landes Nordrhein-Westfalen.



KORNELIUS ENS

ist seit 2016 Direktor des Museums für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold. Seit 2018 ist er Mitglied im Landesbeirat. Von 2004 bis 2011 studierte Kornelius Ens Geschichtswissenschaft, Theologie, Sozialwissenschaft und Kulturwissenschaft u.a. an der Universität Münster. 2018 absolvierte er darüber hinaus ein Studium der Psychologie an der Universität Bielefeld. Seine Studien schloss er mit mehreren Hochschulabschlüssen ab. Er war u.a. Studienreferendar für das Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen am Historischen Seminar der Universität Münster und sowie am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien der Universität Osnabrück.



Impressionen aus dem Auditorium
Alle Fotos: leonielfotografie.de

KRIEG UND VERTREIBUNG – GEIßELN DER MENSCHHEIT

Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat 2023 des Bundes der Vertriebenen in Berlin

Unter dem Leitwort „Krieg und Vertreibung – Geißeln der Menschheit“ kamen am 26. August 2023 mehrere hundert Gäste, zu denen auch NRW-Beauftragter Heiko Hendriks gehörte, zur zentralen Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat des Bundes der Vertriebenen in der Französischen Friedrichstadtkirche in Berlin zusammen.

Mit Blick auf das Geschehen in der Ukraine betonte der Präsident des BdV, Dr. Bernd Fabritius, die Aktualität des Leitwortes: Angesichts des unseligen Krieges Russlands suche man mit dem Leitwort „den unmittelbaren Bezug zu dieser Tragödie und verleihe damit auch der Hoffnung auf ein baldiges Ende der Gewalt in einem unserer europäischen Nachbarländer Ausdruck.“ Tausende Tote seien Tausende Tote zu viel. Das Leitwort sei „keine zufällige Parallele zwischen dem Grauen des Zweiten Weltkriegs und dem, was heute in der Ukraine geschieht“, sondern „eine bewusst gewählte Mahnung, die gerade auch diese Assoziation“ fordere. Wie bereits im Jahr zuvor, drückte der Krieg Russlands gegen die Ukraine auch der diesjährigen Ansprache des Präsidenten seinen Stempel auf: große Anteilnahme für die Flüchtenden, tiefsitzende Emotionen, die erneut geweckt würden, die Gefahr der generationenübergreifenden Traumatisierung, die dieses Kollektivverbrechen hervorruft. „Gerade wir, denen das Schicksal der aus dem Kriegsgebiet flüchtenden Menschen wie ein höhnisches Déjà-vu der Geschichte unter die Haut geht – gerade wir stellen uns die Frage: Werden diese Menschen als „über längere Zeit Entwurzelte“ jemals wieder in ihr früheres Leben zurückkehren können? Wiederholt sich Geschichte, wie wir sie aus der Mitte des letzten Jahrhunderts kennen?“, sagte Fabritius.

Bei all dem Leid müsse bewusst auch an die deutschen Minderheiten gedacht werden – sowohl in der Ukraine als auch in der Russischen Föderation. Für beide Volksgruppen bringe die aktuelle Situation massive Einschränkungen und Unsicherheit bezüglich der eigenen Zukunft. Den Hilfen, die der BdV bereits geleistet hat, habe auch Bundeskanzler Olaf Scholz beim Jahresempfang im Frühling Dank und Respekt gezollt.

Festrede von Minister Peter Beuth

Der hessische Minister für Inneres und für Sport, Peter Beuth MdL, stellte in seiner Festrede die Bedeutung des BdV als zuverlässiger Partner in der Förderung



Präsident des BdV, Dr. Bernd Fabritius
(Rechte: BdV)



Der hessische Minister für Inneres und für Sport, Peter Beuth MdL (Rechte: BdV)



Botschafter der Ukraine in Deutschland, Oleksii Makeiev (Rechte: BdV)

der Gedenk- und Kulturarbeit heraus. Der BdV gehöre „zu den bestaufgestellten Fachverbänden in Deutschland“. Deshalb habe man in Hessen politische Vorhaben in der Vertriebenenpolitik stets „im Dialog – man kann sagen im Schulterschluss – mit dem BdV umgesetzt“.

Das Schicksal der Vertriebenen sei „ein wichtiger Teil unserer Geschichte. Es muss daher auch ein wichtiger Teil unseres Geschichtsunterrichts in Deutschland sein“. Die Beiträge der Heimatvertriebenen für die Entwicklung Deutschlands und für ein vereinigtes Europa müssten anerkannt werden. Der Minister unterstrich dies mit dem bekannten Zitat Bundeskanzler Helmut Kohls: „Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann Gegenwart nicht verstehen und die Zukunft nicht gestalten.“ Beuth dankte im Namen der hessischen Landesregierung den vielen Ehrenamtlichen für die vielfältige Gedenk- und Kulturarbeit sowie für den Dialog, die Aussöhnung und die Verständigung mit den europäischen Nachbarn.

Im Krieg ist jeder Tag der ‚Tag der Heimat‘

Mit einer sehr emotionalen Ansprache, die immer wieder von Applaus unterbrochen wurde, gewann der Botschafter der Ukraine in Deutschland, Oleksii Makeiev, die Herzen der Gäste. Vom Heimatgedanken über die Kriegseignisse, die seit Jahren andauernden Vertreibungsvorgänge bis hin zum Dank für die Solidarität der Deutschen stellte der 48-Jährige eine schlüssige Verbindung zwischen den Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen und dem Leiden des geschundenen ukrainischen Volkes her. Als Diplomat verstehe er sehr genau, was Heimat bedeute, betonte Makeiev.



Heiko Hendriks mit der Tanzgruppe der Siebenbürger Sachsen München vor der Veranstaltung (Rechte: Landesbeirat)

Häufig schaue er, bedingt durch die längere Abwesenheit, aus weiter Ferne auf die Ereignisse in der Ukraine. Aber „Tag der Heimat“ in Zeiten des Krieges heißt, dass wir jeden Tag „Tag der Heimat“ haben. Denn diese Heimat muss verteidigt werden.“ Makeiev erinnerte daran, dass Krieg, Flucht und Vertreibung in Europa nicht erst seit dem 24. Februar 2022 herrschten: „Vertreibung gibt es in Europa schon seit neun Jahren. (...) Viele meiner Freunde aus Donezk und Luhansk haben ihre Heimatstädte seit neun Jahren nicht gesehen. Die Kinder, die damals dort geboren (wurden), kennen ihre Heimat nicht. Die Krimtataren dürfen seit neun Jahren nicht auf die Krim zurück.“ Aufgrund der russischen Invasion und Besetzung der Krim und des Donbas gab es bereits vor Kriegsausbruch 1,4 Millionen Binnenvertriebene in der Ukraine. Seit Februar 2022 habe der russisch-ukrainische Krieg eine der größten Fluchtbewegungen seit dem Zweiten Weltkrieg in Gang gesetzt. Zu Beginn des Überfalls Russlands flüchteten täglich bis zu 200.000 Menschen aus der Ukraine in den Westen. Innerhalb von zwei Monaten nach Kriegsbeginn verließen rund vier Millionen Menschen das Land.

Der Botschafter dankte für die „tolle Solidarität“ mit der Ukraine und den Ukrainern. Er sehe überall ukrainische Fahnen, die Deutschen hätten sehr viel gespendet, und über eine Million Ukrainerinnen und Ukrainer hätten Aufnahme und Schutz in der Bundesrepublik Deutschland gefunden. Zugleich bat er um weitere Unterstützung, nicht aus Mitleid, sondern aus Bewunderung: „Ich bin heute der stolze Botschafter eines stolzen und mutigen Volkes, das kämpft.“



Blick in den Festsaal (Rechte: BdV)

MINISTERPRÄSIDENT HENDRIK WÜST EMPFING VERTRIEBENEN- UND AUSSIEDLERVERBÄNDE ZUM „TAG DER HEIMAT“



Mp Wüst bei seiner Rede

Ministerpräsident Wüst:
„Heute gilt mehr denn
je: Bleiben wir offen für
das, was Menschen, die
vor Krieg, Gewalt und
Verfolgung fliehen, er-
lebt haben und für das,
was sie brauchen“

Erstmals wurde der „Tag der Heimat“ in diesem Jahr in der Düsseldorfer Staatskanzlei begangen. Mit einem Empfang würdigte Ministerpräsident Hendrik Wüst am 18. September 2023, die Verdienste der Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler, die als Brückenbauer ganz wesentlich zum Zusammenwachsen Europas beigetragen haben.

Das Leitwort zum „Tag der Heimat 2023“ lautet: „Krieg und Vertreibung – Geißeln der Menschheit“. Dazu erklärt Ministerpräsident Wüst: „Die vielen Heimatvertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg und später die Aussiedler und Spätaussiedler haben Nordrhein-Westfalen mit Fleiß und harter Arbeit wesentlich mitaufgebaut. Sie sind mit ihren Traditionen und ihrer reichen Kultur selbstverständlicher Teil unseres Landes. Heute müssen Menschen wieder vor einem Krieg in Europa fliehen. Millionen Menschen sind aus der Ukraine in andere europäische Staaten geflohen, viele von ihnen haben in Nordrhein-Westfalen Zuflucht gefunden. Heute gilt mehr denn je: Bleiben wir offen für das, was Menschen, die vor Krieg, Gewalt und Verfolgung fliehen, erlebt haben und für das, was sie brauchen. Denn es ist auch Teil unserer eigenen Geschichte.“

Er machte deutlich, dass es der Landesregierung Nordrhein-Westfalen seit Jahrzehnten ein Anliegen sei, das kulturelle Erbe der Vertriebenen zu pflegen. Bereits 1957 habe das Land die Patenschaft für den Verband der Siebenbürger Sachsen übernommen, 1964 folgte die Patenschaft für die Landsmannschaft der Oberschlesier. Im Jahr 2018 habe die Landesregierung mit Heiko Hendriks zum ersten Mal einen eigenen Beauftragten für die Belange der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler ernannt. Gleichzeitig ist er Vorsitzender des Landesbeirats für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen, der im Herbst dieses Jahres sein 75-jähriges Bestehen feiert.

Nach der Rede des Ministerpräsidenten sprach der nordrhein-westfälische Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Rudi Pawelka, ein Grußwort. Im Anschluss daran erfolgte ein lockerer Austausch zwischen dem Gastgeber und den zahlreichen Gästen, von denen auch einige in Tracht gekommen waren.

Alle Bilder
Land NRW/Ralph Sondermann



Der MP zusammen mit dem gesch. Vorstand des BDV NRW und dem Beauftragten Heiko Hendriks

Der stv. Vorsitzende des BDV NRW, Heinrich Zertik, überreicht dem MP ein Präsent



Rudi Pawelka trägt sich in das Goldene Buch ein

Der MP zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern des Verbandes der Siebenbürger Sachsen und der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland.



GAMIFICATION ALS VERMITTLUNGSMETHODE

Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte
eröffnet Escape Game in der Dauerausstellung



Ein Team, ein Raum und eine Stunde Zeit. Eine in den letzten Jahren immer beliebter werdende Freizeitaktivität erobert nun auch Museen. Seit Anfang des Jahres kann im Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte das Live Escape Game „Lost Roots – gefährliche Vergangenheit“ gespielt werden.



Das illuminierte Museum (Bild: MRK)

In einem immersiven Erlebnis schlüpfen Besucherinnen und Besucher in die Rolle von Detektiven, die im Auftrag eines Klienten dessen Vergangenheit durchleuchten sollen. Ihre Suche nach den verlorenen Wurzeln ihres Auftraggebers beginnt auf dem Parkplatz des Museums in der Georgstraße 24 in Detmold. Gleich zu Beginn überschlagen sich die Ereignisse. Die Besucherinnen und Besucher müssen improvisieren und trickreiche Lösungen finden, mit deren Hilfe sie die benötigten Informationen für ihren Klienten sammeln.

Das Live Escape Game findet im Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte an einem authentischen Ort statt. Als eines der ersten Games deutschlandweit spielt die Story mitten in der echten Dauerausstellung. Dafür öffnet das Museum nach den offiziellen Besuchszeiten seine Pforten erneut, diesmal jedoch exklusiv für die Gäste des Escape Games. Das Museum zeigt sich dann in völlig neuer Anmutung mit filmreifen Sound-, Licht- und Spezialeffekten.

Warum ein Escape Game im Museum?

Die Entscheidung für ein Escape Game ist unter anderem eine Reaktion auf einen Generationswechsel unter den Gästen des Museums. Sofern sie selbst einen Migrationshintergrund haben, gehören diese im Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte heute häufig zur sogenannten

„Generation 1.5“ oder der „Generation 2.0“. Das heißt, sie sind als Kinder oder Jugendliche mit ihren Eltern in die Bundesrepublik Deutschland ausgewandert oder hier geboren worden.

In der chronologisch erzählten Dauerausstellung des Museums findet ein Wiedererkennen persönlicher Vergangenheit für diese Generationen deshalb aber erst im letzten Viertel der Dauerausstellung statt. Diejenigen Besucher ohne russlanddeutschen Hintergrund können eigene Bezüge eher noch später entdecken, da ihre Begegnung mit russlanddeutscher Migration oft erst Anfang und Mitte der 90er-Jahre stattgefunden hat.

Dieser Generationswechsel fordert das Museum heraus, neue Formate und andere Erzählstrategien zu nutzen. Letztendlich ist es das Ziel, den Besucher*innen zu vermitteln, dass sie persönlich von den präsentierten Themen betroffen sind, ob sie nun einen russlanddeutschen Hintergrund haben oder nicht. Erst mit dem Bewusstsein „diese Geschichte betrifft auch mich“ startet eine konstruktive Auseinandersetzung, in der sich die Gäste selbst verorten können.

Außerdem kommt erschwerend hinzu, dass gerade in der Corona-Pandemie dem Museum jüngere Besucherinnen und Besucher verloren gegangen sind. Zudem steht

besonders seit den Digitalisierungsoffensiven der Pandemie jedes der Projekte im Museum in Konkurrenz zu einer Vielzahl von digitalen Angeboten.

Das Museum reagiert auf diese Herausforderungen mit einem Lösungsansatz aus dem Wissenschaftsbereich der Public History – der sogenannten „Gamification“. „Gamification“ bedeutet kurz zusammengefasst, die Anwendung spieltypischer Konzepte in einem spielfremden Kontext. Dabei werden klassische Vermittlungsformate um Konzepte aus Gesellschafts-, Video- oder Rollenspielen erweitert. Das ermöglicht breitenwirksamere Zugänge zu Museumsthemen, kreative Wege, um ein Gefühl von persönlicher Betroffenheit zu vermitteln und nicht zuletzt eine Abgrenzung von vielen digitalen Kulturangeboten.

Letzteres geschieht vor allem über das Alleinstellungsmerkmal eines Escape Games in Kombination mit einem Museum als authentischen Ort. Damit wird das Escape Game zu einer „first-hand-experience“, also zu einem Erlebnis, dessen besondere Atmosphäre nur persönlich und vor Ort erfahrbar ist. Digitale Angebote sind dagegen per se immer nur eine indirekte „second-hand-experience“.

Leitideen für ein Escape Game im Museum

Aus diesen Überlegungen heraus ist das Escape Game als das niedrigschwelligste Angebot im museumspädagogischen Programm des Museums verortet. Es ist für jede/jeden ohne Vorwissen spielbar. Dabei nutzt es „Gamification“, um junge Erstbesucher im Alter von 16-39 Jahren in das Museum zu locken. Somit versteht sich das Escape Game als „Kultur durch die Hintertür“. Es stellt einen Erstkontakt mit dem Museum her und weckt Interesse auf mehr. Im Vordergrund stehen die Suche nach Herkunft, Zugehörigkeit oder (Patchwork)-Identität. Diese Inhalte werden am

Ein Escape Game ist ein kooperatives Spiel, bei dem ein Team von Spielerinnen und Spielern Hinweise entdeckt, Rätsel löst und Aufgaben in einem oder mehreren Räumen erfüllt, um in begrenzter Zeit ein gemeinsames Ziel zu erreichen. Das Team wird von einem/r Spielleiter(in) in begleitet, welche/r sich aber nicht im selben Raum befindet, sondern per Kamera und Funk durch das Spiel führt und im Zweifel Hinweise gibt.

Beispiel der russlanddeutschen Geschichte für die Besucher*innen geöffnet. Das Escape Game beantwortet diese Leitthemen jedoch nicht, sondern hinterlässt eine emotionale Sensibilisierung dafür.

Lost Roots – gefährliche Vergangenheit

Nach der Buchung über die Webseite des Escape Games bekommen die Interessierten den Auftrag, sich zur vereinbarten Zeit am Museum einzufinden, um einem Detektivbüro bei der Aufklärung eines Falles zu helfen. Auf dem Museumsgelände angekommen, stehen sie jedoch vor verschlossener Tür und so schon vor ihrem ersten Rätsel. Kurz darauf tritt der Spielleiter des Escape Games in der Rolle eines Detektivs auf, um den Besucherinnen und Besuchern zu helfen. Das Escape Game startet auf die Weise mit einer sogenannten „Preshow“ schon vor dem Eingang des Museums. Diese initiiert in immersives Spielerlebnis und ist gleichzeitig ein gespieltes Tutorial, in welchem der Spielleiter die Regeln und Ziele erklärt.

Darauf folgt das „Hauptspiel“ in der Dauerausstellung, das nach etwa 60 Minuten in einem großen Finale endet. Danach stoppt der Spielleiter die Immersion. Gäste und Spielleiter treten aus ihrer Rolle als Detektive heraus. Der Spielleiter nutzt die aufgeschlossene Atmosphäre für ein abschließendes „Outro“. Gemeinsam mit den Besucherinnen und Besuchern stellt er Bezüge zwischen dem Escape Game, den Themen der Dauerausstellung oder eigenen Lebenserinnerungen her.

Erfolgreiches Ergebnis

Nach einer Testphase im November und Dezember letzten Jahres konnte das Museum das Escape Game nach letzten Anpassungen Mitte Januar 2023 eröffnen. Die Testphase eingerechnet, verzeichnete „Lost Roots – gefährliche Vergangenheit“ mit bisher 100 Games rund 500 Besucherinnen und Besuchern, die ihr Erlebnis im Durchschnitt mit einer 1,5 auf einer Skala von 1 (sehr gut) bis 6 (sehr schlecht) bewerteten. Etwa zwei Drittel der Besucherinnen und Besucher gaben an, vorher noch nicht im Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte gewesen zu sein. Zudem haben 38% der Besucher länger als zwei Jahre auch kein anderes Museum besucht. Insgesamt trägt das Escape Game also erfolgreich dazu bei, neue Erstbesucher mit den gesellschaftsrelevanten Themen des Museums in Kontakt zu bringen.



Oben: Konzeptzeichnung zu „Gamification“ im Museum.

Mitte: Treffen auf dem Parkplatz und Einbruch ins Museum

Unten: Besprechung mit dem Spielleiter

(Bilder: MRK)



JUNGE RUSSLANDDEUTSCHE UND DER UKRAINEKRIEG

Mediendidaktische Auseinandersetzung mit den Herausforderungen des Kriegs in der Ukraine im Rahmen einer Frühjahrsakademie

VON DR. NIKE ALKEMA, DR. VINCENT REGENTE UND EDWIN WARKENTIN

Vom 17. bis zum 21. April 2023 fand in Oerlinghausen die Frühjahrsakademie der Deutschen Gesellschaft e.V. in Kooperation mit der Akademie am Tönsberg e.V. und dem Kulturreferat für Russlanddeutsche statt. Engagierte junge Russlanddeutsche kamen zu einem kritischen Austausch über gesellschaftliche wie persönlichen Herausforderungen zusammen, die seit dem russischen Überfall auf die Ukraine Selbst- und Fremdwahrnehmung der Gruppe beeinflussen.

Die Frühjahrsakademie mit dem Titel „Junge Russlanddeutsche und der Ukrainekrieg“ bot eine kreative Plattform für den intensiven Austausch und die Auseinandersetzung mit den Herausforderungen des Ukrainekrieges – hier aus der Perspektive junger Menschen mit einer familiären Biografie aus postsowjetischen Staaten. Der Fokus der Frühjahrsakademie lag auf einer mediendidaktischen Auseinandersetzung unter der Leitfrage, wie junge Russlanddeutsche und ihre kritischen Stimmen, Texte und Bilder Aufmerksamkeit erzielen und wie sie Missverständnissen, Vorurteilen und Falschdarstellungen entgegenwirken können.

Vielseitiges Programm

Das Programm machte vor allem aus, dass es neben den fachlichen Impulsen und Beiträgen viel Raum und Zeit für die gemeinsame wie individuelle Reflexion ließ. Integraler Bestandteil des Formats waren die persönlichen Projektvorhaben der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die diese mit der inhaltlichen, handwerklichen und technischen Unterstützung der Referentinnen und Referenten entwickeln, weiter bearbeiten und präsentieren konnten. Dafür wurden Arbeitsgruppen für Podcasts, Videos oder Text-Bild-Essays angeboten, die im Laufe der gemeinsamen Woche immer wieder in eigenen Sessions zusammenkamen. Den inhaltlichen Einstieg fand das Seminar dann über einen umfassenden Vortrag zu den Hintergründen, den Entwicklungen und Auswirkungen des Ukrainekriegs auf die Gesellschaften Deutschlands, der Ukraine und Russlands von Dr. Dmytro Myeshkov vom Institut für Kultur und Geschichte der Deutschen in Nordosteuropa an der Universität Hamburg. Die Teilnehmenden diskutierten die Ergebnisse des Vortrags

und weitere Fragen im Anschluss via Zuschaltung mit dem Bundestagsabgeordneten Robin Wagener, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und Koordinator der Bundesregierung für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit dem Südlichen Kaukasus, der Republik Moldau sowie Zentralasien.

Dietmar Schulmeister, Vorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland in NRW, eröffnete den zweiten Tag mit einem Vortrag über die Reaktionen der Russlanddeutschen auf den Ukrainekrieg. Es wurde in der Diskussion deutlich, dass diese zum überwiegenden Teil von Solidarität mit den Ukrainerinnen und Ukrainern geprägt waren, was sich aber nur eingeschränkt in der medialen Berichterstattung widerspiegelt hat.

Am Nachmittag lud die Autorin Melitta L. Roth zu einem Nachdenken über Generationenkonflikte der Russlanddeutschen ein. Die zum Teil sehr persönlichen und bewegenden Äußerungen zeigten die Spaltungen auf, von denen viele russlanddeutsche Familien und Freundeskreise betroffen sind. Wobei immer wieder herausgestellt wurde, dass sich viele der diskutierten Konfliktlinien auch in anderen Teilen der deutschen Gesellschaft finden lassen. Den Tag abschließend stellte am Abend der Dokumentarfotograf Grzegorz Lityński beeindruckende Bilder zur humanitären Hilfe in der Ukraine vor.

Am folgenden Tag vertiefte die Journalistin Katharina Heinrich die Thematik der Russlanddeutschen und des Ukrainekriegs in den deutschen Medien. Sie schloss damit an die Ausführungen von Dietmar Schulmeister an, bot sehr

erfahrene Einblicke in die journalistische Arbeit und machte zugleich auf vorurteilsbehaftete und undifferenzierte mediale Berichterstattungen aufmerksam.

Kamingespräch

Ein besonderer Höhepunkt der Woche war das Kamingespräch mit Elmar Brok am Mittwochabend. Im Austausch mit den Teilnehmenden berichtete Brok von seiner langjährigen Arbeit als Europaparlamentarier und Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, den Beziehungen des Westens zur Ukraine und zu Russland und der Bedeutung von Toleranz und Demokratie.

Am Donnerstag besuchte die Gruppe Detmold. Dort bot ihnen die Führung durch das Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte und die sich anschließende Diskussionsrunde Inspiration für ihre eigenen Projekte, gab aber zugleich auch Gelegenheit konkreten Fragestellungen bei der Aufarbeitung und Vermittlung der Geschichte der Russlanddeutschen nachzugehen und Antworten in der Ausstellung und im angegliederten Archiv zu finden.

Arbeitsgruppen

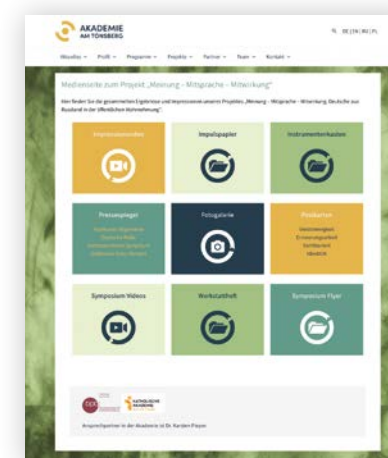
Neben diesen vielen inhaltlichen Highlights waren die Treffen in den drei Arbeitsgruppen Kern der Arbeitswoche. Dort entwickelten die Teilnehmenden ihre eigenen Projekte in den Formaten Podcasts, Video und Bild-Text-Essays. Am letzten Tag der Akademie präsentierten die Arbeitsgruppen ihre vorläufigen Ergebnisse und die verschiedenen Vorhaben. Die Projekte der Teilnehmenden, die am 11. November im Rahmen einer Podiumsveranstaltung in der Deutschen Gesellschaft e.V. in Berlin vorgestellt werden, befassen sich

u.a. mit Themen wie der Wirkung von Putins Propaganda auf russlanddeutsche Familien, Okkupationserfahrungen in der Ukraine, dem Ankommen in der Bundesrepublik als mitgebrachte Generation oder dem Männerbild in russlanddeutschen Familien.

Alle Beteiligten fanden die Woche sehr bereichernd und betonten die Bedeutung solcher Formate und den Mehrwert durch die Verschränkung von Impulsen, Diskussionen und konkreter Projektarbeit. Die beteiligten Einrichtungen zeigten sich sehr zufrieden und wünschten sich weitere Gelegenheiten, vor allem jungen Menschen in den Austausch zu bringen.

Die Frühjahrsakademie wurde von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien gefördert.

Das Format ist ein Gemeinschaftsprojekt des Kulturreferats für Russlanddeutsche, des Museums für russlanddeutsche Kulturgeschichte, der Akademie am Tönsberg e.V. und der Deutschen Gesellschaft e. V. Die Arbeitsgruppen werden von der Autorin Katharina Martin-Virolainen und dem Filmemacher Alexej Getmann (Videos), der Autorin Elina Penner, dem Literaturwissenschaftler Jan Pöhlking, dem Dokumentarfotografen Grzegorz Lityński (Bild/Text/Essay) sowie Kulturreferent Edwin Warkentin und Experte im Bereich Audiokommunikation David De Bryn (Podcasts) moderiert und betreut. Natalie Pawlik, Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, übernahm die Schirmherrschaft des Projekts.



BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG

MUSEUM FÜR
RUSSLANDDEUTSCHE
KULTURGESCHICHTE

KATHOLISCHE
AKADEMIE
BISTUM FULDA

KULTURREFERAT FÜR
RUSSLANDDEUTSCHE

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Deutsche
Gesellschaft e.V.

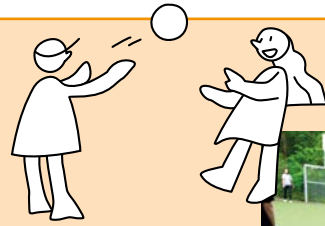
AKADEMIE
AM TÖNSBERG

Gefördert durch die
bbp
Bundeszentrale für
politische Bildung



Sommercamp 2023 des JS DR im Ennepe-Ruhr-Kreis

VON ANNA WEIZ



Seit 10 Jahren organisiert der Landesverband JS DR-NRW e.V. in unterschiedlichen Städten Nordrhein-Westfalens Sommercamps für Kinder und Jugendliche. Die Themen und Schwerpunkte sind immer unterschiedlich: Identität, Integration, politische Bildung, Demokratie, Umwelt und Nachhaltigkeit – mit diesen Themen beschäftigen sich junge Menschen in den einwöchigen JS DR-Sommercamps.



Auch Vertreter und Vertreterinnen der Selbstorganisationen der Deutschen in den Herkunftsgebieten wie Kasachstan, Usbekistan, Russland sind oft willkommene Gäste der Sommercamps. So können die Jugendleiter und Jugendleiterinnen unserer Partnerorganisationen die Jugendarbeit in Deutschland kennenlernen, Erfahrungen mit ihren Kollegen in NRW austauschen und ihre Deutschkenntnisse verbessern. Für junge Sommercamp-Teilnehmer sind solche Erfahrungen ebenfalls wichtig, denn so lernen sie mehr über die Heimat ihrer Eltern und Großeltern und können lernen, ihre eigene kulturelle Identität besser zu verstehen.

Eine sehr wichtige Rolle in der Verbandsarbeit des JS DR e.V. spielt Demokratieförderung. Das Sommercamp in diesem Jahr war diesem Thema gewidmet. Vierzig Kinder und Jugendliche im Alter zwischen neun und 16 Jahren nahmen an dem Demokratiecamp in der Jugendherberge Glörsee in Breckerfeld im Ennepe-Ruhr-Kreis vom 23. bis zum 30. Juli teil. Das Organisationsteam hat sie herzlich empfangen, denn schließlich haben alle in den Pandemie Jahren die Sommercamps sehr vermisst. Das Programm des Demokratiecamps bot viel Abwechslung: Theater, Musik, Sport, Basteln, Tanz und vieles mehr. Die Tage verbrachten die Teilnehmer in vier Gruppen, abends präsentierten sie die Ergebnisse den anderen und alle verbrachten spannende Abende zusammen. Auf dem alltäglichen Abendprogramm standen Theatervorstellungen, Diskussionsrunden, Tanzaufführungen, Quizze, Spiele und vieles mehr. Das Demokratiecamp wurde von den Jugendleiterinnen und Jugendleitern vorbereitet und durchgeführt, von denen viele in früheren Jahren selbst als Teilnehmer bei den JS DR-Sommercamps dabei

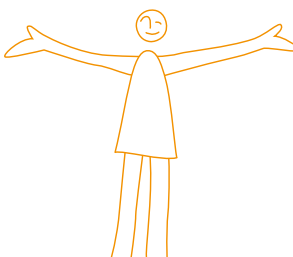


In diesem Jahr feiert der **Jugend- und Studentenring der Deutschen aus Russland e.V.** seinen 15. Geburtstag. In neun Bundesländern organisieren sich die JS DR-Mitglieder in mehr als 40 Gruppen. In Nordrhein-Westfalen ist der JS DR e.V. seit den ersten Tagen sehr aktiv und zahlreich dabei. Die jährlichen Sportfeste, die Multiplikatorenschulungen, Seminare zur politischen Bildung, Jugendaustausche mit den Herkunftsländern der Russlanddeutschen, Projekte zur Pflege der Kultur und Geschichte der Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion, soziales Engagement und vieles mehr – das sind die Aktivitäten des JS DR e.V. Ganz wichtig für den JS DR e.V. ist die Nachwuchsförderung.

waren, inzwischen eine JuLeiCa-Ausbildung gemacht haben und sich nun weiterhin auf einer anderen Ebene bei den Sommercamps engagieren. So wird der Nachwuchs in der Jugendarbeit gefördert und gefordert.

Nach 2019 war der Beauftragte der NRW Landesregierung, Heiko Hendriks, zum zweiten Mal zu Gast und konnte sich vor Ort von der guten Arbeit des JS DR NRW überzeugen. Das Demokratiecamp des JS DR-NRW e.V. war ein unvergessliches Ereignis für seine Teilnehmer, die sich bereits auf das nächste Jahr riesig freuen. Es wurde im Rahmen des Projektes "Spätaussiedler/innen für Demokratie und Toleranz in NRW" von der Bezirksregierung Arnsberg gefördert.

Alle Bildrechte: JS DR NRW





„DER 17. JUNI 1953 DARF NIE IN VERGESSENHEIT GERATEN!“

Kranzniederlegung, Empfang, Zeitzeugengespräche und Ehrung zum 70 Jahrestages des Volksaufstandes in der ehemaligen DDR

Einen besonderen Jahrestag muss man auch besonders begehen – darüber waren sich die Vertreterinnen und Vertreter des SED-Opferverbände und der Beauftragte der Landesregierung Heiko Hendriks, einig. Aus diesem Anspruch heraus entwickelte sich ein Programm über 2 Tage, welches mit einem Empfang beim Präsidenten des Landtags, André Kuper, sicherlich einen Höhepunkt fand.

Das Gedenken begann am 16. Juni vormittags in Düren: Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) – Landesgruppe NRW e.V. hat

Heiko Hendriks, am Gedenkstein für die Opfer an der innerdeutschen Grenze – wie auch in den Vorjahren - einen Kranz in den NRW-Farben niedergelegt. Der Feierstunde beigewohnt haben u.a. Schülerinnen und Schüler aus Düren sowie der Dürener Bürgermeister Frank Peter Ullrich.

Empfang beim Präsidenten des Landtags

Auf Einladung des Präsidenten des Landtags, André Kuper, besichtigten dann am frühen Nachmittag rund 40 Vertreterinnen und Vertreter der in NRW ansässigen SED-Opferverbände den Landtag.

Im Anschluss richtete der Präsident zu Ehren der mutigen Menschen in der ehemaligen DDR, die Widerstand geleistet haben, einen Empfang aus.

André Kuper betonte, dass „vor 70 Jahren die Menschen in der DDR für Freiheit und Demokratie auf die Straße gingen. Über eine Million mutige Menschen beteiligten sich am Volksaufstand. Der 17. Juni ist ein Tag für Freiheit, Selbstbestimmung, Vielfalt und Demokratie. Diese Werte garantiert heute das Grundgesetz. Aber sie sind niemals selbstverständlich. Sie wurden in unserer Geschichte von Bürgerinnen und Bürgern erkämpft, schmerzhaft errungen, und auch unter größten Anstrengungen verteidigt. Wir alle sind heute dafür verantwortlich, diese Werte und unsere Demokratie gegen ihre Feinde zu verteidigen“. Heiko Hendriks bedankte sich im Namen aller für die Einladung und dankte dem Präsidenten auch persönlich für sein Engagement! Die Eintragung in das Goldene Buch des Landtags „sei eine besondere Ehre und Wertschätzung!“



Oben: Heiko Hendriks bedankt sich bei dem Präsidenten des Landtags / Links: Der VOS Vorsitzende, Felix-Heinz Holtschke, ergreift das Wort / Rechts: Heiko Hendriks begrüßt die Gäste zur „Historischen Doppelstunde“ – Fotos: Michael Gstettenbauer/LT NRW (oben) und Marc Hermenau

Historische „Doppelstunde“

Im Anschluss an den Empfang trafen sich rund 60 geladene Gäste auf Einladung des Präsidenten und des Beauftragten der Landesregierung, Heiko Hendriks, zu einem Zeitzeugengespräch im Form einer „Historischen Doppelstunde“ im Landtag. Nach der Begrüßung durch den Beauftragten, der deutlich machte, dass „der 17. Juni 1953 niemals in Vergessenheit geraten dürfe“ und einem Grußwort des Vorsitzenden der VOS in NRW, Felix Heinz Holtschke, der wörtlich ausführte: „Für den großartigen und würdevollen Empfang der Vertreter der SED-Opfer und Flüchtlingsorganisationen am 16. Juni im NRW-Landtag möchte ich mich zuallererst im Namen der Eingeladenen und auch ganz persönlich ganz herzlich beim Landtagspräsidenten André Kuper, dem Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten Nathanael Liminski sowie dem Landesbeauftragten auch für die Opfer des SED-Regimes und Flüchtlinge aus der ehemaligen DDR Heiko Hendriks bedanken. Es ist uns eine große Ehre, anlässlich des 70. Gedenktages des für Deutschland historisch so bedeutsamen Volksaufstandes in Mitteldeutschland am 17. Juni 1953 hier sein und persönlich auch ein paar Worte sprechen zu dürfen. Doch die guten und ehrenden Worte der Politiker sind die eine, die positive Seite der Medaille. Doch wäre ein Tag wie der 70. Gedenktag an den Volksaufstand in der ehemaligen DDR nicht bestens dafür geeignet

gewesen, das nach wie vor bestehende und seit Jahren öffentlich beklagte Unrecht gegenüber den SED-Opfern aus der Welt zu schaffen? Diese Frage ist natürlich maßgeblich in Richtung Berlin zu richten, obwohl über den Bundesrat natürlich auch das Bundesland Nordrhein-Westfalen über nicht unerhebliche Einflussmöglichkeiten verfügt.“

Danach richtete Nathanael Liminski, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien des Landes Nordrhein-Westfalen & Chef der Staatskanzlei, per Video ein Grußwort an die Gäste.

Grußwort von Minister Nathanael Liminski

Bezogen auf den 17. Juni 1953 sagte der Minister, dass an diesem Tag sich die große Enttäuschung und Unzufriedenheit der Menschen in der DDR mit der SED-Führung entlud und wir an diesem Tag aller derjenigen gedenken sollten, die über Jahre und Jahrzehnte Widerstand gegen ein unmenschliches unterdrückendes Regime geleistet haben. „An die ehemaligen anwesenden Flüchtlinge und freigekauften Häftlinge gerichtet sagte er wörtlich: „Wir verdanken Ihnen so viel, all denen, die geflohen sind und in Haft saßen, die unermessliches Leid erduldet haben!“ Er fügte hinzu, dass diese mutigen Menschen „den Lauf der Geschichte verändert haben!“



Teilnehmende an der Gedenkveranstaltung in Düren
Foto: Dirk Zirpe/Stadt Düren

Der Präsident bei seiner Ansprache – Foto: Michael Gstettenbauer/Landtag NRW



Videogrußwort der Landesregierung – Foto: Marc Hermenau



Eintrag in das Goldene Buch – Foto: Michael Gstettenbauer/Landtag NRW



Gruppenbild der Teilnehmenden bei der Führung durch den Landtag – Foto: Holtschke



Historische Einordnung des 17. Juni

Eine Einordnung des Ereignisses nahm der Direktor des Gerhart-Hauptmann Hauses in Düsseldorf, Prof. Winfried Halder vor. Er betonte die Bedeutung dieses Tages auch in der historischen Rückschau.

Zeitzeugen berichten

Mit Dr. Jörg Bilke und Peter Hippe konnten 2 Zeitzeugen gewonnen werden, die als junge Männer den 17. Juni 1953 persönlich erlebt haben. Sie schilderten eindrucksvoll, wie sehr die damaligen Geschehnisse ihr weiteres Leben geprägt haben.

Dürener Bürgermedaille für Peter Hippe

Zugegen war Heiko Hendriks auch am 17. Juni 2023 im Rathaus von Düren. Dort wurde Peter Hippe durch Bürgermeister Frank Peter Ullrich mit der Bürgermedaille der Stadt Düren ausgezeichnet. Die Verleihung dieses besonderen Ehrenzeichens hat der Rat im April 2023 einstimmig beschlossen.



Prof. Winfried Halder ordnet die Geschehnisse ein. – Foto: Marc Hermenau



Verleihung der Bürgermedaille an Peter Hippe in Düren
Foto: Dirk Zirpe/Stadt Düren



Peter Hippe

(geb. 1942 in Halle/Saale) geriet schon als Jugendlicher ins Visier des Staatssicherheitsdienstes, als er 1959 einen Fluchtversuch unternahm. Er wurde verhaftet und kam zunächst in Potsdam in Untersuchungshaft, später in einen Jugendwerkhof nach Halle. Einem Anwerbeversuch der Abteilung Kriminalpolizei für so genannte „Informationsdienste“ entzog er sich. 1975 schloss er ein Studium als Diplomingenieur erfolgreich ab, doch wichtige Funktionen blieben ihm verwehrt. Gemeinsam mit seiner Ehefrau stellte er daraufhin 1985 eine Reihe von Ausreiseanträgen, die jedoch abgelehnt wurden.

Anstelle einer Inhaftierung versuchte der Staatssicherheitsdienst, ihn mit Zersetzungsmaßnahmen zu brechen. In seinem Betreiben nach friedlichem Widerstand schloss er sich kirchlichen Kreisen an und nahm regelmäßig an Friedensgebeten teil, die ebenfalls von der Staatssicherheit unterwandert waren. Ende der 80er Jahre besetzte er die US-amerikanische Botschaft in Ost-Berlin und konnte so eine Zusicherung erreichen, ausreisen zu dürfen. Im November 1988 erfolgte die Ausbürgerung aus der DDR.

Dr. Jörg Bilke

(geb. 1937 in Berlin) interessierte sich als westdeutscher Germanistikstudent für die deutsche Gegenwartsliteratur. Er studierte Klassische Philologie, Germanistik und Geschichte in Berlin. Er reiste in die DDR, um Autoren wie Anna Seghers, Christa Wolf und Erich Loest kennen zu lernen. Wegen angeblicher „staatsfeindlicher Hetze“ wurde er im September 1961 verhaftet und zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und sechs Monaten verurteilt.

Er gehörte zu den ersten politischen Gefangenen, die von der Bundesrepublik freigekauft wurden; im August 1964 wurde er aus der Haft entlassen und durfte in die Bundesrepublik zurückkehren. Er war Kulturredakteur der Tageszeitung „Die Welt“ und später Chefredakteur der Kulturpolitischen Korrespondenz in der Stiftung ostdeutscher Kulturrat. Er ist – bis in die Gegenwart – Autor zahlreicher Artikel/Beiträge u.a. über die DDR. Im Sommer 1995 erschienen u.a. ein Sonderheft über die DDR-Schriftsteller, die aus den alten Ostgebieten stammten: Verlorenes Leben, verdrängte Geschichten. Ostdeutsche Autoren in Mitteldeutschland 1945–1995. 2003 bekam er das Bundesverdienstkreuz verliehen.

NEUE BÜCHER

FAMILIENALBUM DER ÜBERWACHUNG – „UNSER LEBEN UND DIE STASI“

VON MAGDALENA ERMILICH

Das Leben der Familie Kern in der DDR wurde über 40 Jahre lang von der Staatssicherheit überwacht. Die 2021 erschienene Broschüre „Unser Leben und die Stasi – der Versuch einer Dokumentation“ rekonstruiert diese umfassende Bespitzelung. Dabei erzählen Günter und Eva Maria Kern selber als Zeitzeugen von ihrer eigenen Überwachung und dokumentieren diese mit zahlreichen Stasi-Akten und Fotos.

Die Broschüre mutet wie ein Familienalbum an, dessen Bilder vom Überwacher erstellt wurden. Die Staatssicherheit hatte das Leben der Kerns nicht nur beobachtet, sondern hatte es infiltriert und zersetzt. Die Stasi reiste mit in den Urlaub, verfolgte die Kerns im PKW, schlich sich in ihr Wohnzimmer und beschattete Günter Kern auf seiner Arbeit. Das Ausmaß der Bespitzelung ist unfassbar.

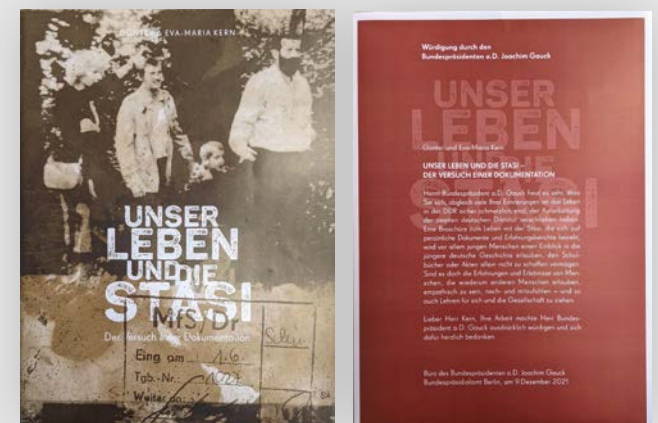
Günter Kern beschreibt anschaulich, wie die permanente Überwachung sich ins Leben seiner Familie einschlich. In seinem Bericht ist trotz dieser Erfahrungen keine Verbitterung zu spüren. Am Ende stellt Kern jedoch fest, dass das SED-Unrecht noch lange nicht aufgearbeitet ist: Viele der ehemaligen Spitzel schweigen.

Vielleicht ist das einer der Gründe dafür, dass Günter Kern dem jungen Autor Lukas Rietzschel seine Aufzeichnungen gab. Der Kamenzer Schriftsteller verarbeitete die Geschichte der Kerns literarisch in seinem Roman „Raumfahrer“. In bewegenden Bildern erzählt er wie das Schweigen über die Vergangenheit Löcher in die Gegenwart brennt. Die Menschen werden zu „Raumfahrern“, die zwischen den Welten leben, ohne wirklich anzukommen.

Günter & Eva-Maria Kern: Unser Leben und die Stasi – der Versuch einer Dokumentation.

80 Seiten, Herausgeber: Günter & Eva-Maria Kern,
ISBN-13: 987-3000708688

Die Autorin ist stellvertretende Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur



SOZIALE AUSGLEICHS- ZAHLUNGEN FÜR OPFER DER SED-DIKTATUR

Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz in Nordrhein-Westfalen

Seit 30 Jahren ermöglicht das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG), das am 4. November 1992 in Kraft getreten ist, die Aufhebung rechtsstaatswidriger Entscheidungen von Gerichten und Organen der ehemaligen DDR bzw. von deutschen Gerichten und Behörden in der sowjetischen Besatzungszone über Freiheitsentziehung. Seither haben jede Bürgerin und jeder Bürger, die/der in der Zeit vom 08. Mai 1945 bis zum 03. Oktober 1990 im Beitrittsgebiet aus politischen Gründen inhaftiert war, die Möglichkeit, sich in einem strafrechtlichen Rehabilitierungsverfahren wegen der zu Unrecht erlittenen Haftzeit rehabilitieren zu lassen.

Die Rehabilitierung begründet einen Anspruch auf Ausgleichsleistungen. Diese Leistungen erhalten auch ehemalige politische Häftlinge, die nicht von einem deutschen Gericht rehabilitiert werden können, da sie von der sowjetischen Besatzungsmacht aus politischen Gründen in Gewahrsam genommen worden sind. Auch sonstige politisch motivierte und rechtsstaatswidrige Maßnahmen der Strafverfolgung sowie Haftzeiten und haftähnliche Einweisungen in Jugendwerkhöfe oder Kinderheime werden entschädigt. Kostenträger für die Ausgleichszahlungen sind das Land mit 35 % und der Bund mit 65 %.

Die Dauer der zu Unrecht erlittenen Haftzeit kann neben dem gerichtlichen Rehabilitierungsbeschluss auch durch Vorlage einer Rehabilitierungs- oder Kassationsentscheidung nach Maßgabe des Rehabilitierungsgesetzes vom 06. September 1990 oder einer Bescheinigung über die Anerkennung als ehemaliger politischer Häftling nach § 10 Abs. 4 Häftlingshilfegesetz (HHG) erfolgen.

Die Entschädigungsleistungen werden in Form einer Kapitalentschädigung gem. § 17 StrRehaG für jeden angefangenen Kalendermonat einer zu Unrecht erlittenen Haft und seit dem 29. August 2007 auch als besondere Zuwendung für Haftopfer gem. § 17a StrRehaG (sog. SED-Opferrente) bei einer Haftdauer von mindestens 90 Tagen und besonderer wirtschaftlicher Bedürftigkeit gewährt, wenn keine Ausschlussgründe einer Wiedergutmachung entgegenstehen. Dabei sieht das Gesetz in engen Grenzen auch die Möglichkeit einer Härtefallentscheidung nach § 19 StrRehaG vor.

Keine sozialen Ausgleichsleistungen erhält nach § 16 Abs. 2 StrRehaG derjenige, der selbst gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen und seine Stellung im schwerwiegendem Maße zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil anderer missbraucht hat.

Zuständige Bewilligungsbehörden in NRW

Für die Anträge der Personen, die vor dem Inkrafttreten des StrRehaG am 04. November 1992 durch die damaligen Ausstellungsbehörden (Kreise, kreisfreie Städte) eine Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG erhalten haben, sind seit dem 14. September 2016 in NRW – zusätzlich zur Gewährung der SED-Opferrenten – die Bezirksregierungen auch für die Gewährung von Kapitalentschädigungen zuständig. Die örtliche Zuständigkeit bestimmt sich nach dem Wohnort des Berechtigten.

Über eine HHG-Bescheinigung verfügen zumeist diejenigen rechtsstaatswidrig inhaftierten SED-Opfer, die die DDR vor

1989/1990 verlassen konnten – durch Flucht, Ausreiseantrag oder auch Freikauf durch die Bundesrepublik.

Kapitalentschädigung nach § 17 StrRehaG

Unter Vorlage des strafrechtlichen Rehabilitierungsbeschlusses (bzw. des Nachweises der Kassation einer früheren gerichtlichen Entscheidung) bzw. der Bescheinigung nach § 10 Abs. 4 HHG erhalten Betroffene auf Antrag eine Kapitalentschädigung. Der Antrag kann unbefristet gestellt werden.

Die Kapitalentschädigung wird einkommensunabhängig für jeden angefangenen Kalendermonat einer rechtsstaatswidrigen Freiheitsentziehung gewährt, sofern es keine Ausschlussgründe gibt.

Aktuell beträgt die Entschädigung 306,78 Euro für jeden angefangenen Kalendermonat einer zu Unrecht erlittenen Haft bzw. eines bescheinigten Gewahrsams.

Auf die Kapitalentschädigung sind aufgrund desselben Sachverhaltes unmittelbar nach anderen Gesetzen erbrachte Entschädigungsleistungen anzurechnen, insbesondere die Eingliederungshilfen nach dem HHG. Die Kapitalentschädigung ist ab Antragstellung, frühestens jedoch ab dem 18. September 1990, übertragbar und vererblich.

Besondere Zuwendung für Haftopfer gem. § 17a StrRehaG

Die „SED-Opferrente“ nach § 17a StrRehaG ist eine monatliche Zuwendung für Berechtigte, die mindestens 90 Tage rechtsstaatswidrig Freiheitsentzug erlitten haben und heute in ihrer wirtschaftlichen Lage besonders beeinträchtigt sind, sofern keine Ausschlussgründe einer Wiedergutmachung entgegenstehen.

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe

Antragsformulare können auf der Homepage der Bezirksregierungen Arnsberg, Detmold, Düsseldorf, Köln und Münster heruntergeladen werden.



Informationen zum Thema im Internet

Bundesstiftung Aufarbeitung:

Opfer und Betroffene
www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/erinnern/opfer-und-betroffene

Stasi-Unterlagen-Archiv:

Informationen zur Akteneinsicht
www.stasi-unterlagen-archiv.de/akteneinsicht/oeffentliche-und-nicht-oeffentliche-stellen/

Bundesarchiv:

Übernahme der Stasi-Unterlagen (Meldung 16.06.2021)
www.bundesarchiv.de/DE/Content/Meldungen/2021-06-16_integration-stua.html

SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag
www.bundestag.de/sed-opferbeauftragte

Bundesstiftung Aufarbeitung:

Zeitzeugenbüro
www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/vermitteln/zeitzeugenarbeit/zeitzeugenbuero

70 Jahre Städtepartnerschaft zwischen Essen
und Hindenburg OS/Zabrze

Heiko Hendriks besucht die **Hindenburg** **Heimatsammlung** in Essen

Im Mai 1953 unterzeichnete der damalige Essener Oberbürgermeister Hans Tous-saint die Stadtpatenschaftsurkunde mit der oberschlesischen Gemeinde Hindenburg, dem heutigen Zabrze. Aus Anlass des 70-jährigen Jubiläums der Patenschaft fand am 12. Mai 2023 ein Empfang im Haus der Essener Geschichte statt. Im Anschluss an die Feierstunde besuchte Beauftragter Heiko Hendriks die Hindenburg Heimatsammlung.

↓ Dr. Veronika Grabe erläutert
Oberbürgermeister Thomas
Kufen und Beauftragten Heiko
Hendriks einzelne Bilder



Alle Fotos Lukas/
Stadt Essen



↑ Gemeinsam im Raum über das
heutige Zabrze

←
(v.l.n.r.): Heiko Hendriks,
Dr. Veronika Grabe, Damian
Spielvogel, Thomas Kufen,
Krzysztof Lewandowski und
Claudia Kauertz, Leitung Haus
der Essener Geschichte.

Hindenburg Heimatsammlung
Kultur- und Erinnerungsstätte
Hindenburg OS gestern - Zabrze heute

Oberbürgermeister Thomas Kufen begrüßte neben dem Beauftragten der Landesregierung unter anderem den stellvertretenden Stadtpräsidenten von Zabrze, Krzysztof Lewandowski, sowie Damian Spielvogel, Vertrauensmann des Heimatkreises Hindenburg OS, und betonte in seiner Begrüßung die enge Verbundenheit der beiden Städte. „Die Beziehungen zu unserem Nachbarland Polen waren nicht immer so eng und es hat lange gedauert, bis die Aufarbeitung der Vergangenheit mit unseren osteuropäischen Nachbarländern voranschreiten konnte“, so das Essener Stadtoberhaupt. „Essen begann mit dieser Aufarbeitung schon im Jahr 1953 – als ein vereintes Europa nur eine Vision war – und übernahm Verantwortung für die Menschen aus Zabrze, die unter den Folgen der Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg litten.“

Oberbürgermeister Thomas Kufen stellte heraus, dass die Zusammenarbeit und der gemeinsame Dialog stetig gewachsen und über die Jahre immer intensiver geworden sei. „Ich bin froh darüber, dass wir einen so regen und respektvollen Austausch pflegen und auch in so schwierigen Zeiten wie den heutigen zusammenstehen.“

Besuch der Heimatsammlung

Im Anschluss an die Feierstunde besuchte der Essener Oberbürgermeister zusammen mit Heiko Hendriks unter sachkundiger Führung der Kuratorin Dr. Veronika Grabe die Hindenburg Heimatsammlung. Die von Herbert Skowronek gemeinsam mit Damian Spielvogel ab 1990 aufgebaute Sammlung war zunächst ab 1997 in der Heimatstube im Bückmannshof zu sehen. Seit der Neugestaltung 2007 befindet sie sich an ihrem heutigen Standort im Stadtzentrum, im Haus der Essener Geschichte, vormals Luisenschule. Die Räume stellt die Stadt Essen – Patenstadt der Hindenburg seit 1953 – mietfrei zur Verfügung und trägt auch jegliche laufenden Kosten. Aufbau und Betreuung der Sammlung

erfolgten und erfolgen ehrenamtlich, u.a. unterstützt durch Marianne Mosler als Nachfolgerin von Heimatkreis-Vertrauensmann Skowronek und durch Helga Zöllig. Beteiligt sind weitere Mitglieder des Vertretungsausschusses „Hindenburg OS“. Zusätzliche Kosten werden durch Spenden bzw. Überschüsse der Heimattreffen finanziert.

Auf 300 m² Daten und Fakten über die Geschichte von Hindenburg und Zabrze

Die Sammlung umfasst in drei Räumen auf knapp 300 m² den Ausstellungsbereich, eine kleine Präsenzbibliothek, die auch historische Zeitungen enthält, eine Foto- und eine Postkartensammlung, eine Adress- bzw. Heimatkartei sowie ein kleines Archiv. Ein Katalog und ein Einwohnerverzeichnis sind vorhanden. Der kleinere Raum wird als „Visitenkarte der polnischen Stadt Hindenburg O.S. – Zabrze“ bezeichnet und widmet sich der Nachkriegsentwicklung der Stadt. Schwerpunkt der gesamten Präsentation ist die Geschichte der Stadt, gegliedert in die Bereiche allgemeine Stadtgeschichte, Industrie, Sport, Alltagsleben, Kunst, Vertreibung – Flucht – Deportation – deutsche Minderheit und Patenschaft. Einige besondere Objekte veranschaulichen Bergbau und Religion. Zu den Glanzstücken der Sammlung gehören die Kette des Schützenkönigs, Briefe von jüdi-

schen Hindenburgern aus KZ-Lagern und eine Feldmonstranz. Gelegentlich werden die Räume für Veranstaltungen genutzt, wie das Hindenburg Heimattreffen alle zwei Jahre, für Besuche von Gruppen aus Oberschlesien, bes. von Schulen und Hochschulen, aber auch von privat interessierten Personen.

Lob für die Stadt Essen

Im Rahmen seines Besuches lobte Heiko Hendriks die Stadt Essen für ihr Engagement und bezeichnete es als beispielhaft. Die Hindenburg Sammlung sei ein gutes Beispiel für die fruchtbare Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt!

Unter diesem Link kann die Heimatsammlung auch virtuell besucht werden. Im Rahmen eines von NRW geförderten Projektes wurde diese und viele andere Sammlung durch die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen digitalisiert:

www.ostdeutsche-heimatsammlungen.de/de/nrw/essen

KREISGEMEINSCHAFT NEIDENBURG FEIERTE 70 JAHRE PATENSCHAFT MIT DER STADT BOCHUM – BEAUFTRAGTER HEIKO HENDRIKS HIELT DIE FESTREDE

Weit über 100 Neidenburger und Soldauer sowie Interessierte waren dem Ruf der Organisatoren gefolgt und kamen am 27. August 2023 zum Heimattreffen der Neidenburger nach Bochum. Kreisvertreter Ulrich Pokraka konnte zahlreiche (Ehren-) Gäste begrüßen: Oberbürgermeister Thomas Eiskirch, Vertreter der im Rat vertretenden Parteien, Alt-Oberbürgermeister Ernst Otto Stüber und den Beauftragten der nordrhein-westfälischen Landesregierung für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern, Heiko Hendriks. Mit ihrer Anwesenheit zeigten sie ihre Verbundenheit zu den Neidenburgern und Soldauern. Besonders herzlich wurde der aus Schuttschenofen im Kreis Neidenburg stammende Erich Rosslan begrüßt, der einen Tag später seinen 100. Geburtstag feiern konnte.



Festredner Heiko Hendriks, im Hintergrund der Chor der Deutschen Minderheit aus Nidzica (Neidenburg)



Kreisvertreter Ulrich Pokraka und seine Stellvertreterin Ute Kondritz zusammen mit Heiko Hendriks vor der Veranstaltung

Fotos: Wilfried Brandt



Oberbürgermeister Eiskirch bei seinem Grußwort



In seinem Grußwort betonte der Bochumer Oberbürgermeister Thomas Eiskirch die sehr gute Patenschaft zwischen der Stadt Bochum und der Kreisgemeinschaft Neidenburg, die von beiden Seiten ernst genommen würde. Die geistlichen Worte von Pfarrer Herbert Schimanski wurden andächtig aufgenommen. Beim Totengedenken an alle Verstorbenen, stellvertretend Günther Ernst und Herbert Kalwa, wurde die dem Patenkreis von der Bochumer Maiabendgesellschaft 1955 gestiftete Glocke angeschlagen.

Der Chor der Deutschen Minderheit aus Nidzica (Neidenburg) weilte das erste Mal in Bochum und untermalte die Veranstaltung durch Beiträge mit deutschen Liedern. Auch der Bürgermeister der ehemals zum Kreis Neidenburg gehörenden Gemeinde Jedwabno (Gedwangen), Slawomir Ambroziak, war zu dem Treffen angereist und sprach ein kurzes Grußwort.

Die Festrede hielt in diesem Jahr der zuständige Beauftragte der Landesregierung, Heiko Hendriks, der der Kreisgemeinschaft für ihr jahrzehntelanges ehrenamtliches Engagement dankte. In seiner Rede machte er deutlich, wie groß die Gruppe derjenigen in Nordrhein-Westfalen ist, die selbst oder deren

Familie unmittelbar von Flucht, Vertreibung und Aussiedlung betroffen sind. Wörtlich führte er aus, dass „in Nordrhein-Westfalen noch ca. 600 000 deutsche Heimatvertriebene, ca. 700 000 (Spät-) Aussiedlerinnen und Aussiedler sowie ca. 650 000 Personen, die vor dem Mauerfall aus der ehemaligen SBZ oder DDR zu uns gekommen sind, leben. Wenn man die nachfolgenden Generationen bzw. die Familien mitrechnet, bedeutet dies, dass ungefähr ein Viertel der Menschen in Nordrhein-Westfalen unmittelbaren Bezug zu dem historischen deutschen Osten, den ehemaligen deutschen Siedlungsgebieten im östlichen Europa sowie zur DDR haben.“

Sehr bildhaft, untermauert mit Beispielen, zeigte er auf, dass bei unserer Jugend und auch bei vielen älteren Mitbürgern Wissenslücken zur Geschichte und Kultur der ehemals deutschen Ostgebiete existieren. „Wir müssen gemeinsam dafür Sorge tragen, dass die Menschen in Deutschland

nicht nur z.B. Begriffe wie Ostpreußen, Charta oder Russlanddeutsche kennen, sondern auch verstehen. Dazu bedarf es, dass einerseits, diejenigen die Flucht, Vertreibung und Aussiedlung selbst erfahren haben, darüber berichten, andererseits müssen im Schulunterricht auch die historischen Hintergründe behandelt werden“, so der Beauftragte wörtlich. Er endete mit der Feststellung „wenn der römische Gelehrte Cicero zu Recht festgestellt hat, Historia magistra vitae, also die Geschichte ist die Lehrmeisterin des Lebens, füge ich heute hinzu: Nur wer Geschichte kennt, kann aus ihr lernen.“

Zum Abschluss wurde Reinhard Kayss für seine unermüdliche Arbeit für ganz Ostpreußen in Sachen Familienforschung mit der goldenen Ehrennadel des Bundes der Vertriebenen ausgezeichnet.

WER NICHT LESEN WILL, KANNT HÖREN!

Bildungs- und Vermittlungsangebote zur neuen Dauerausstellung im HAUS SCHLESSEN

VON SILKE FINDEISEN

Ein rotes Dirndl aus einem warmen Flanellstoff – eines von rund 300 Exponaten, die in der Dauerausstellung von HAUS SCHLESSEN präsentiert werden. Dieses Winterdirndl, so kann man in einer an der Museumskasse erhältlichen Audioführung hören, war das Lieblingskleid der 15-jährigen Agathe. Und da es bald keine Möglichkeit mehr gab, ein neues Sonntagskleid zu bekommen, ...



Das Dirndl von Agathe steht für die Geschichte seiner Besitzerin und stellvertretend für zahlreiche andere Geschichten von Flucht und Vertreibung. Foto: Paul Meixner

... musste es mitwachsen: die Mutter verlängerte kurzerhand Rock und Ärmel mit braunem Samtstoff. Dem Mädchen war das Winterkleid so wertvoll, dass es dieses bei der Vertreibung am 5. August 1946 trotz der sommerlichen Hitze anzog. Die Audioführung erzählt an dieser Stelle nicht nur die sehr persönliche Geschichte, sondern setzt sie zugleich in den historischen Kontext. So erfährt der Zuhörer, dass das Schicksal von Agathe, so individuell es auch ist, vielen Millionen Menschen ganz ähnlich widerfahren ist.

Objekte wie das Dirndl, eine abgenutzte Stoffpuppe oder einzelne Koffer illustrieren anschaulicher als Statistiken und Jahreszahlen, was der Zweite Weltkrieg und seine Folgen für die betroffenen Menschen bedeutet haben, und bieten den Museumsbesuchern einen emotionalen und lebensnahen Zugang zu diesem tragischen Abschnitt der schlesischen Geschichte. Es ist Teil des Konzeptes der neuen Dauerausstellung im HAUS SCHLESSEN, Geschichte über persönliche Geschichten und Erinnerungen zu erzählen und dies mit einer multiperspektivischen Darstellung und dem Einsatz moderner Medien zu kombinieren. Mit diesem Ansatz soll ein möglichst breites Publikum angesprochen werden und Schlesienkennern, Geschichtsinteressierten sowie der Thematik fernstehenden Personen die Region Schlesien und die auf sie wirkenden vielfältigen kulturellen Einflüsse und historischen Zäsuren nahegebracht werden.

Da die Verknüpfung persönlicher Schicksale mit dem historischen Kontext sich nicht immer auf den ersten Blick erschließt, bedarf es nicht nur der Ausstellung, sondern auch der zielgruppenorientierten Vermittlung. So wurden, den Gewohnheiten der jüngeren Generationen entsprechend, zahlreiche Medien- und Mitmachstationen eingebaut, die vertiefende Informationen bieten. Sie werden zum einen von den sich im

Die Startseite des Audioguides: Murlibrumm, das Maskottchen von HAUS SCHLESSEN, führt die Kinder durch die Ausstellung. Foto: HAUS SCHLESSEN



Rahmen der Schlesischen Begegnungen regelmäßig im Haus aufhaltenden polnischen Studentinnen und Studenten als Quelle zur Vorbereitung ihrer Abschlusspräsentationen genutzt. Zum anderen sollen sie aber auch und vor allem dazu dienen, vielfältigere Angebote für Schulklassen durchzuführen. Durch den interaktiven Charakter bilden sie zusätzlich zur Gruppenführung die Basis für eine altersgerechte Vermittlung zu lehrplanrelevanten Themen.

Neben den Bildungsangeboten für Gruppen gibt es auch auf Einzelbesucher und Familien zugeschnittene Vermittlungsformate. So stehen zweierlei Audioführungen zur Verfügung, bei denen Alt und Jung mehr zu Schlesien im Allgemeinen und einzelnen Objekten im Speziellen erfahren können – auch die Geschichte des Dirndls zählt dazu. Interessierte erhalten an der Museumskasse einen QR-Code, mit dem sie über ihr Smartphone wahlweise der Audioführung für Erwachsene oder für Kinder folgen können. Verteilt auf 20 Stationen bietet erstere die Möglichkeit, Hintergrundinformationen zu erhalten, die sonst nur in Führungen vermittelt werden. Erläutert wird beispielsweise, wie der Webstuhl ins HAUS SCHLESSEN gekommen ist oder was es mit den vielen kleinen Zwergen in Breslau, von denen sich auch drei in der Ausstellung tummeln, auf

sich hat. Eigens für die jüngsten Besucher wurde die zweite Audioführung konzipiert, die an deren Erfahrungswelt anknüpft und ihnen ausgewählte Exponate näher erläutert. Die Kinder können via Smartphone in virtueller Begleitung des Museumsmaskottchens Murlibrumm, einem Teddybär mit Vertreibungsgeschichte, die Ausstellung entdecken. An insgesamt zehn Stationen erklärt Murlibrumm ihnen, was Schlesien ist und versucht ihnen kindgerecht die wichtigsten Ausstellungsthemen zu vermitteln. Ihr neu erworbenes Wissen können die Kinder dann auch in einem an der Kasse ausliegenden Quiz testen.

Neben den beiden Audioführungen hat das Land Nordrhein-Westfalen auch eine Begleitbroschüre (siehe Bild) finanziert, so dass die Inhalte der Ausstellung zu Hause nachbereitet werden können. In der Publikation sind die in der Ausstellung angebrachten Modul- und Thementexte abgedruckt und durch Fotos einiger Ausstellungsstücke und dazugehörige Objektbeschreibungen ergänzt worden.

Die Broschüre ist auf Deutsch sowie in englischer und polnischer Sprache an der Museumskasse erhältlich. Damit wird das Angebot um eine dritte Sprache erweitert, sodass sich die Ausstellung nun auch ausländischen Besucherinnen und Besuchern erschließt, die nur der englischen Sprache mächtig sind. Sie haben bei ihrem Rundgang dank des Begleitheftes die Möglichkeit, die Ausstellungstexte in der ihnen vertrauten englischen Sprache zu lesen.



INFORMATIONEN AUS ERSTER HAND

Gespräch mit Abgeordneten der deutschen Minderheit in Ungarn

Emmerich Ritter, Parlamentsabgeordneter der Ungarndeutschen, Vorsitzender des Ausschusses der Nationalitäten Ungarns sowie Vorsitzender der Ungarisch-Deutsch-Liechtensteinische Parlamentariergruppe, besuchte Mitte März bei seinem mehrtägigen Besuch in Düsseldorf unter anderem auch den Beauftragten der Landesregierung für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern, Heiko Hendriks. In Begleitung des Generalkonsuls der Republik Ungarn in Düsseldorf, Gergő Szilágyi, sowie Gregor Gallai, Sachverständiger der Nationalitätenpolitik im Kabinett des Parlamentsabgeordneten der Ungarndeutschen und Zsuzsanna Rostási-Szabó, Deputy Head of Department im Directorate for Foreign Relations EU Department informierte er Heiko Hendriks über die Situation in Ungarn und lud diesen zu einem Besuch der deutschen Minderheit nach Ungarn ein.

Ritter berichtete davon, dass der Erhalt der deutschen Sprache in Ungarn sehr gefördert werde und auch die deutsche Identität der Minderheit in Ungarn begreife man als eine große Bereicherung für die gesamte Bevölkerung und die Wirtschaft.

Nach seinen Angaben haben ca. 4.000 deutsche Firmen in Ungarn ihren Sitz, die zweisprachige Mitarbeitende sehr schätzen würden.

Heiko Hendriks war froh, diese Informationen aus erster Hand zu erhalten und zeigte sich beeindruckt, was dort bereits – insbesondere im Bildungswesen – für die rund 300.000 Ungarndeutschen erreicht worden sei. Man einigte sich darauf, die nun gegründete Zusammenarbeit weiterzuführen und zu verstärken.



v.l.n.r.: Imre Ritter, Heiko Hendriks und Gergő Szilágyi.



v.l.n.r.: Gregor Gallai, Sachverständiger der Nationalitätenpolitik im Kabinett des Parlamentsabgeordneten der Ungarndeutschen, Imre Ritter, Abgeordneter der deutschen Minderheiten im ungarischen Parlament, Gergő Szilágyi, Generalkonsul der Republik Ungarn in Düsseldorf, Zsuzsanna Rostási-Szabó, Deputy Head of Department im Directorate for Foreign Relations EU Department, und Heiko Hendriks.

Alle Bilder: MKW

Situation der deutschen Minderheiten in Ungarn

„Vor 300 Jahren, 1722/23 schuf der ungarische Landtag in Preußen die Rechtgrundlage für die Ansiedlung von Deutschen aus den südwestlichen, südlichen Regionen des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation im Königlichen Ungarn, die damals seit Ende des 17. Jahrhunderts nach Befreiung Ungarns von der Türkenherrschaft bereits im Gange war.“

Im Rahmen einer Volkszählung 2011 in Ungarn bekannten sich rund 190.000 Bürgerinnen und Bürger zur deutschen Minderheit. Von allen Minderheiten in Ungarn war die Deutschen im Jahr 2011 die zweitgrößte Gruppe. Da sich bei der Volkszählung nicht alle Befragten beteiligt haben, geht Ritter davon aus, dass ca. 300.000 Ungarndeutsche zurzeit in Ungarn leben.

Im heutigen Ungarn gibt es drei größere Siedlungsgebiete, in denen Angehörige der deutschen Minderheit in großer Zahl leben: Westungarn entlang der österreichischen Grenze, das Ungarische Mittelgebirge bis zum Plattensee-Oberland und Südost-Transdanubien.

ABGEORDNETEN DER DEUTSCHEN MINDERHEIT IN UNGARN, IMRE RITTER

Emmerich Ritter, ungarisch Imre Ritter, ist ein ungarndeutscher Politiker (LdU). Seit der Parlamentswahl in Ungarn 2014 ist er deren erster Sprecher im ungarischen Parlament. Bei der Parlamentswahl in Ungarn 2018 gewann er das erste Mandat im Parlament für seine Partei.



Zur Person

Imre Ritter wurde am 5. August 1952 in Budaörs in einer der deutschen Minderheit zugehörigen Familie geboren. Er studierte an der heutigen Corvinus-Universität Budapest Wirtschaftswissenschaften und arbeitete nach erfolgreichem Studienabschluss bei der Budapester Verkehrsgesellschaft. 1982 schloss er ein weiteres Studium als Diplommathematiker an der Eötvös-Loránd-Universität ab. Seit 1990 ist Ritter als selbstständiger Steuerberater und Wirtschaftsprüfer tätig.

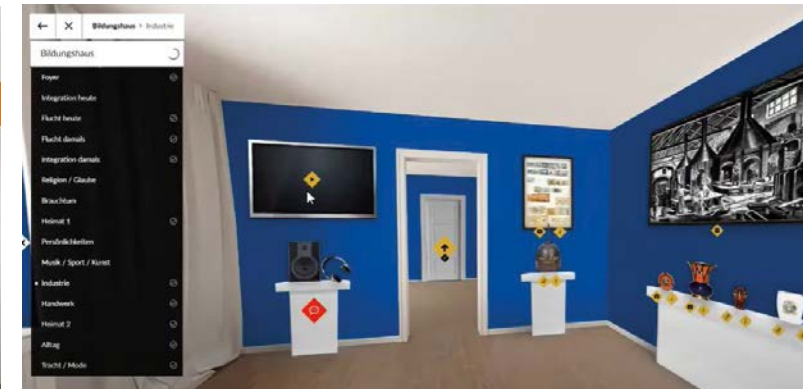
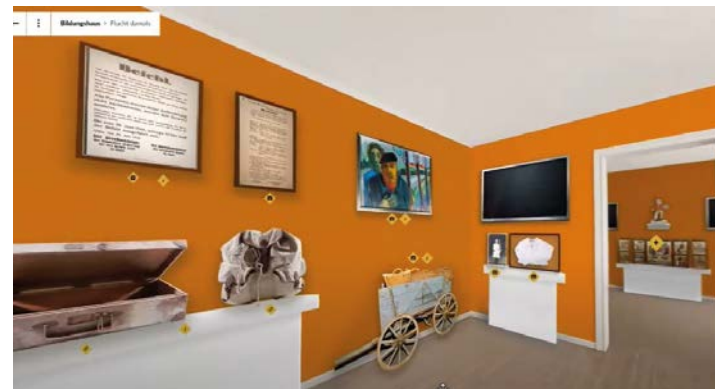
Seit 1990 engagiert sich Ritter als Interessenvertreter der deutschen Minderheit und wurde zunächst 1994 Mitglied der ersten Minderheitenselbstverwaltung seiner Heimatstadt und kurz darauf zu deren Vorsitzendem gewählt. Seit 1998 wurde er mehrfach als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses der Landes-selbstverwaltung der Ungarndeutschen durch Wahl bestätigt. Seit 2014 ist Ritter der erste Vertreter und Sprecher der Ungarndeutschen in der Volksvertretung im Parlament.

Bei der Parlamentswahl in Ungarn 2018 reichten die Stimmen der LdU für einen regulären Platz. Als Listen-erster gehörte Ritter dem neuen Parlament an. Bei den Parlamentswahlen am 3. April 2022 wurde Ritter zum zweiten Mal zum Abgeordneten gewählt. Damit haben die Ungarndeutschen auch in den kommenden vier Jahren einen Vertreter mit Stimmrecht im Ungarischen Parlament.

GESCHICHTE LEBENDIG VERMITTELN

Das „Virtuelle Heimatsammlungs-Bildungshaus“

VON THOMAS KONHÄUSER



Blick in das „Virtuelle Bildungshaus“

Flyer Wettbewerb: Wettbewerb „Gemeinsam gegen das Vergessen“



<https://ostdeutsche-heimatsammlungen.de/de/nrw/bildungshaus/>

Seit Ende 2019 konnte die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen für Wissenschaft und Forschung dank einer finanziellen Förderung durch das Land Nordrhein-Westfalen insgesamt 24 Heimatsammlungen digitalisieren und auf der Internetseite www.heimatsammlungen.de diese in virtuellen Räumen präsentieren. Hierauf aufbauend startete die in Bonn ansässige Stiftung, erneut durch das Land Nordrhein-Westfalen finanziell gefördert, im vergangenen Jahr das Projekt „Heimatsammlungen digitalisieren – Bildungsprozesse initiieren“.

Mit den virtuellen Heimatsammlungen als Ausgangspunkt sollten Bildungsformate auf den Weg gebracht werden, um einerseits die Geschichtskompetenzen von Schülern, Jugendlichen und Erwachsenen im Hinblick auf das deutsche kulturelle Erbe im östlichen Europa, das Flucht- und Vertreibungsgeschehen ab 1945 und die Ansiedlung und Integration der Heimatvertriebenen in Nordrhein-Westfalen zu fördern und andererseits die historischen Ereignisse in einen Kontext zur Gegenwart zu setzen. Begleitet wurde das Projekt von einem von der Kulturstiftung gebildeten Beirat, bestehend aus Mitarbeitern der Kulturstiftung, Trägern von nordrhein-westfälischen Bildungseinrichtungen, Bildungsexperten und Vertretern des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft.

Entstanden ist ein „Virtuelles Heimatsammlungs-Bildungshaus“, in dem Geschichte lebendig vermittelt wird. Das Bildungshaus, das sich wie ein reales Museum, begehen lässt, gliedert sich in Räume, die verschiedenen Themenbereichen der ostdeutschen Kultur und Geschichte gewidmet sind, also etwa einzelnen „Lebenswelten“ wie „Industrie/Gewerbe“, „Alltag“, „Tracht“, „Religion“, „Brauchtum“, „Persönlichkeiten“. Darüber hinaus werden in gesonderten Räumen Flucht/ Vertreibung und Integration damals nach dem Zweiten Weltkrieg und Flucht heute, sei es aus der Ukraine oder aus Syrien, anhand ausgewählter Exponate einander gegenübergestellt, und Zeitzeugen schildern ihre Erlebnisse.

Mit dem Bildungshaus wird die Bedeutung der Heimatsammlungen als Orte der Erinnerung verdeutlicht und die virtualisierten Exponate vermögen als Schlüssel eine Tür zur Vermittlung des deutschen kulturellen Erbes im östlichen Europa zu öffnen. Gerade mit den kleinen alltäglichen Geschichten im Bildungshaus wird Geschichte besonders nahegebracht und vor Augen geführt, welche Kontinuität es in der Aufnahme von Menschen gibt, die in Folge von Kriegen zu uns kommen. Das Bildungshaus regt dazu an, über die Bedeutung von „Heimat“ und darüber, was Heimatverlust, aber auch Erinnerungsstücke aus der Heimat, für Flüchtlinge bedeuten, zu reflektieren.

Geschäftsführer Konhäuser: „Das Heimatsammlungs-Bildungshaus bietet einer breiten Öffentlichkeit einen erleichterten Zugang zum reichen kulturellen Erbe des historischen deutschen Ostens – zu einem Erbe, das Teil der europäischen Geschichte ist und dessen Bewusstmachung auch dem europäischen Integrationsgedanken in einem vereinten Europa Rechnung trägt – einem Europa, in dem es wichtig ist, an die historischen Ereignisse von Flucht und Vertreibung, Umsiedlung und Deportation zu erinnern, nicht zuletzt um Verständnis und Akzeptanz bei der Bevölkerung für heutige Fluchtbewegungen nach Deutschland

und Europa zu wecken und fremdenfeindlichen Strömungen in der Gesellschaft entgegenzuwirken. Gleichzeitig leistet das Bildungshaus einen wichtigen Beitrag zur zeitgemäßen und zukunftsfähigen Pflege der Erinnerungskultur der aus dem Osten als Vertriebene, Flüchtlinge und Spätaussiedler gekommenen Menschen, die auch das Land NRW in der Nachkriegszeit wesentlich mit aufgebaut und gestaltet haben.

Präsentation Bildungshaus: Online-Präsentation des „Virtuellen Bildungshauses“ im Dezember 2022



Die Kulturstiftung verbindet und vernetzt:

§ 96 BVFG IM BLICKPUNKT: DIALOGVERANSTALTUNG IN BONN

VON THOMAS KONHÄUSER

Das im Jahr 2020 erstmals initiierte Format „Kultureinrichtungen im Dialog“ der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen hat sich in den letzten Jahren zu einer festen Plattform des Austausches zwischen Einrichtungen der eigenständigen Kulturarbeit der Heimatvertriebenen untereinander und mit fachlichen und wissenschaftlichen Einrichtungen über den Förderbereich des § 96 BVFG (Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge) entwickelt. Die alljährliche Begegnungstagung ist fester Bestandteil der von der BKM gewährten projektbezogenen Bundesförderung der Kulturstiftung.

Alle Bilder Kulturstiftung

v.l. **Dr. Lilia Antipow**, Haus des Deutschen Ostens, München, **Artur Böpple**, Bayerisches Kulturzentrum der Deutschen aus Russland (BKDR), Nürnberg, Geschäftsführer **Thomas Konhäuser**, **Nathalie Keller**, Geschäftsleiterin Haus der Heimat Nürnberg und **Nicola Remig**, Leiterin des Dokumentations- und Informationszentrums für schlesische Landeskunde (DIZ) von HAUS SCHLESISIEN im Gespräch.



Bei der diesjährigen Veranstaltung vom 14. bis 17. September 2023 in Bonn, an der rund 50 Personen von Einrichtungen und Institutionen aus ganz Deutschland teilnahmen, wurden erneut Impulse für eine stärkere Zusammenarbeit und Vernetzung der Kulturarbeit nach § 96 BVFG gesetzt.

In Themenblöcken zur „Rolle von nach § 96 tätigen Einrichtungen in der schulischen und außerschulischen Bildung“, über die „Bedeutung des Einsatzes neuer Medien und zu Möglichkeiten zur Gewinnung von Multiplikatoren“, zur „Stärkung der Nachwuchsförderung und zur Erzielung von Synergieeffekten“ und zur „Vermittlung von Flucht und Vertreibung und Integration der deutschen Heimatvertriebenen unter einer Einbeziehung der Einrichtungen der eigenständigen Kulturarbeit“ wurde der Erfahrungsaustausch zu aktuellen Fragestellungen über Fachbereichsgrenzen hinweg erneut nachhaltig gefördert und es wurden Kooperationsmöglichkeiten aufgezeigt.

Moderiert von Geschäftsführer Thomas Konhäuser widmete sich das Eröffnungspanel dem Stand und den Perspektiven der Kulturarbeit gemäß § 96 BVFG. In seinem Impuls dankte Geschäftsführer Konhäuser dem Land Nordrhein-Westfalen, dass dieses trotz schwieriger Haushaltslage die finanziellen Fördermittel im Hinblick auf § 96 BVFG im Gegensatz zum Bund nicht gekürzt habe. Dies zeige eindrucksvoll, dass das Land sich der Bedeutung einer gelebten Erinnerungskultur mit all seinen positiven Effekten, wie beispielsweise auch der Förderung einer gesamtgesellschaftlichen Empathie für heute nach Deutschland kommende Flüchtlinge, bewusst sei. Man müsse die Vergangenheit kennen, um verantwortlich Gegenwart und Zukunft zu gestalten.

An der sich anschließenden Podiumsdiskussion beteiligten sich nach einem einleitenden Impuls von Geschäftsführer Konhäuser neben dem nordrhein-westfälischen Beauftragten für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern Heiko Hendriks und der

hessischen Beauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler Margarete Ziegler-Raschdorf auch Stephan Rauhut, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, Nieder- und Oberschlesien, Olga Martens, Internationaler Verband der deutschen Kultur und Volodymyr Leysle, Vorsitzender des „Rates der Deutschen der Ukraine“.

Im Rahmen der Tagung fand ein ökumenischer Gottesdienst im Bonner Münster zum Tag der Heimat statt, der von Weihbischof Dr. Reinhard Hauke und Bischof Klaus Wollenweber gestaltet wurde. Im Anschluss besuchte man gemeinsam das Haus der Geschichte Bonn, verbunden mit einer Diskussion zur musealen Wissensvermittlung. Erstmals war die Dialogveranstaltung zudem in den Bonner Ostdeutschen Markttag eingebunden, wo diese mit der Preisverleihung des von der Kulturstiftung ausgelobten Wettbewerbs „Begegnungen im Bildungshaus“ und einer Podiumsdiskussion zur Bedeutung der Bewahrung des deutschen kulturellen Erbes im Kontext zur Gegenwart endete.

Einen Videomittschnitt der einzelnen Panels der Begegnungstagung sowie von Preisverleihung und Podiumsdiskussion beim Ostdeutschen Markttag finden Sie bei Kulturstiftung TV auf dem YouTube-Kanal der Kulturstiftung.

Vorstellung des vom Land NRW geförderten „Virtuellen Bildungshauses“ mit Preisverleihung eines hierzu europaweit ausgelobten Ideenwettbewerbes beim Ostdeutschen Markttag in Bonn



Podiumsdiskussion unter der Moderation des Geschäftsführers **Thomas Konhäuser** (Bildmitte) mit den Beauftragten der Länder Nordrhein-Westfalen und Hessen, **Heiko Hendriks** (im Bild links) und **Margarete Ziegler-Raschdorf** (2.v.r.) sowie mit **Olga Martens** vom Internationalen Verband der deutschen Kultur und **Stephan Rauhut**, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien. Digital zugeschaltet war Volodymyr Leysle, Vorsitzender des Rates der Deutschen der Ukraine.



Der neugewählte Vorstand der Landesgruppe NRW.

Erste Reihe (jeweils von links nach rechts): Winfried Göllner, Ingwelde Juchum (stellv. Bundesvorsitzende), Rainer Lehni, Heidi Sander.

Zweite Reihe: Heike Mai-Lehni, Gerda Gusbeth, Hedda Schuller, Angelika Schwager, Erika Hamlicher. Dritte Reihe: Andrea Bloos, Waltraut Weiss, Gretl Hauptkorn.

Foto: Robert Sander



In NRW wurden die Weichen neu gestellt

Neuer Vorstand des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Nordrhein-Westfalen

VON RAINER LEHNI

Eine um ein Jahr verlängerte Amtsperiode ging im Landesvorstand der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen des Verbandes der Siebenbürger Sachsen zu Ende. Bedingt durch Corona und die verschobene Jubiläumsfeier in 2022 fand die sonst alle vier Jahre die Delegiertenversammlung der Landesgruppe jetzt mit einem Jahr Verspätung am 15. April 2023 im Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf statt.

Der seit 2010 amtierende Landesvorsitzende Rainer Lehni konnte rund 75 Delegierte in Düsseldorf begrüßen. Besonders begrüßt wurden die stellvertretende Bundesvorsitzende Ingwelde Juchum und der Ehrenvorsitzende der Landesgruppe NRW Harald Janesch.

Die Delegierten für diese Versammlung hatten im Vorfeld eine umfangreiche Mappe mit den Berichten des Landesvorsitzenden, der Referenten sowie aller Kreisgruppen erhalten. Darin spiegelte sich die Arbeit der letzten fünf Jahre wieder. In seinem Tätigkeitsbericht ging der Landesvorsitzende Rainer Lehni auf die Aktivitäten dieser Amtsperiode ein, die mehr als zwei Jahre im Zeichen der Corona-Pandemie stand. Mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation stellte Lehni die zahlreichen Aktivitäten auf Landesebene aber auch in den Kreisgruppen vor.

Gute Beziehungen zum Land

Die herausragenden Aktivitäten der letzten fünf Jahre waren auf Landesebene zweifelsohne die Ausstellungen 2019 und 2020 im Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf, das Chortreffen 2019 in Drabenderhöhe, das Trachtenseminar des Landeskulturreferats 2019 in Dortmund, die Ostdeutsche Weihnachtsfeier mit Schwerpunkt Siebenbürgen 2019 auf Schloss Burg und die Feier zum 70jährigen Bestehen der Landesgruppe NRW 2022 in Schwerte. Die Beziehungen zum Land Nordrhein-Westfalen sind hervorragend, was nicht zuletzt die Verleihung des Heimatpreises des Landes Nordrhein-Westfalen für die Siebenbürger Sachsen 2022 zeigte.

Im Blickpunkt: Mitgliederentwicklung

Eine große Sorge bereitet dem Landesvorstand die Entwicklung der Mitgliederzahlen. Die Anzahl der Mitglieder ist von 2018 von 3351 auf 2922 in 2023 gesunken, dass

einem Rückgang von 12,80% entspricht. Es gibt zwar jährlich zahlreiche Neubeiitte, jedoch führen die Todesfälle oder altersbedingte Kündigungen zu dieser negativen Statistik. Als positives Beispiel wurden die Kreisgruppen Setterich und Wiehl-Bielstein genannt, die in den letzten fünf Jahren einen Zuwachs von 25,64% bzw. 8,30% verzeichneten. Das Thema Mitgliederwerbung wird selbstverständlich ein Dauerthema auch in den nächsten Jahren bleiben.

Der Landesvorsitzende dankte allen Mitgliedern des Vorstandes für ihre geleistete Arbeit – besonders an die nicht mehr zur Verfügung stehenden Hanna Jung-Boldan, Robert Sander, Karin Roth, Dr. Hans Georg Franchy und Daniel Ungar. Ein besonderer Dank ging an Heike Mai-Lehni, die sich in verschiedenen Bereichen der Landesgruppe einsetzt und „für jedes Problem eine Lösung hat“.

Ehrungen für verdiente Mitglieder

Mit dem Silbernen Ehrenwappen des Verbandes zeichnete Rainer Lehni die Landeskassenwartin Angelika Schwager und den stellvertretenden Landesvorsitzenden Robert Sander aus. Beide wurden für ihren langjährigen Einsatz im Landesvorstand aber auch in ihren jeweiligen Kreisgruppen geehrt. Eine besondere Auszeichnung erfolgte dann durch die Verleihung der Medaille Pro Meritis an Uta Beckesch, die sichtlich gerührt war. Uta Beckesch war 33 Jahre lang im Siebenbürgisch-Deutschen Heimatwerk tätig, das sie bis Anfang 2023 auch 25 Jahre mit viel Engagement leitete. Durch das Heimatwerk wird ein Teil der siebenbürgisch-sächsischen Volkskunst am Leben erhalten und damit an die nächste Generation weitergegeben. Das ist das große Verdienst von Uta Beckesch, in das auch ihre treuen Helferinnen Edith Foith und Ditta Janesch mit einbezogen werden müssen.

Neuer Landesvorstand gewählt

Im Rahmen der Wahlen wurde Rainer Lehni erneut zum Landesvorsitzenden gewählt, seine Stellvertreter sind Winfried Göllner, Heidi Sander und Günter Scheipner. Kassenswartin bleibt Angelika Schwager und Schriftführerin Heike Mai-Lehni. Die Referate sind wie folgt besetzt: Kultur – Heike Mai-Lehni, Jugend – Winfried Göllner, Internet – Jan Sander, Chöre – Gerda Gusbeth, Blaskapellen – Andrea Bloos.

Die im Tätigkeitsbericht von Rainer Lehni erwähnte Mitgliederwerbung wurde in einem Workshop weiter vertieft. Unternehmensberater Anton Mooseder aus dem Raum München brachte den Delegierten das Thema näher. Der



Robert Sander, Uta Beckesch und Angelika Schwager wurden durch Rainer Lehni geehrt (jeweils von links nach rechts), Foto: Ingwelde Juchum

Referent, der den Verband seit mehr als zwei Jahren in diesem Bereich unterstützt, versuchte den Anwesenden Hemmungen oder Angst vor gezieltem Ansprechen zu nehmen. Auch wurde erläutert, wann der richtige Moment für die gezielte Ansprache eines potentiellen Neumitglieds ist. Vervollständigt wurde der Workshop mit zwei Aufgaben. Wichtig ist, dass alle Delegierten für dieses überlebenswichtige Thema sensibilisiert sind und dieses in ihre Kreisgruppen mitnehmen.

In seinem Abschlusswort rief der frisch wieder gewählte Landesvorsitzende Rainer Lehni im Sinne einer guten Verbandsarbeit alle auf, weiterhin am gleichen Strang in die gleiche Richtung zu ziehen. Lehni beendete die Delegiertenversammlung mit dem bekannten Kennedy-Zitat „Frage nicht was kann dein Land für dich tun – frage was kann ich für mein Land tun“, ein Zitat das genauso auch für unsere siebenbürgisch-sächsische Gemeinschaft gilt. Mit dem gemeinsam gesungenen Siebenbürgenlied und der deutschen Nationalhymne wurde die Delegiertenversammlung 2023 abgeschlossen.

VOLLES HAUS

beim Jahresempfang des Bundes der Vertriebenen in Berlin

ERSTMALS ANSPRACHE DES BUNDESKANZLERS OLAF SCHOLZ

Am 28. März 2023 fand der diesjährige Jahresempfang des Bundes der Vertriebenen (BdV) in Berlin statt. BdV Präsident Dr. Bernd Fabritius konnte zum ersten Mal Bundeskanzler Olaf Scholz begrüßen, der auch die Ansprache hielt. Neben zahlreichen weiteren Vertreterinnen und Vertretern der Verbände und Landsmannschaften aus Nordrhein-Westfalen nahm in diesem Jahr auch wieder Heiko Hendriks in seiner Funktion als Beauftragter der Landesregierung teil.

Dr. Bernd Fabritius wies zu Beginn der Veranstaltung darauf hin, dass der Jahresempfang bisher so gut wie immer „eine feste Größe in den Terminkalendern unserer Kanzler“ gewesen sei. Somit freute er sich, dass mit der Zusage des Bundeskanzlers, die diesjährige Ansprache zu halten, diese „großartige Tradition“ wiederaufgenommen werde.

In seiner Rede erinnerte Olaf Scholz an das große Leid, das der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine über die Menschen, Europa und die ganze Welt gebracht habe. Der Ukraine-Krieg werde tiefe Spuren in Europa hinterlassen, sagte Scholz und fügte hinzu: „Aber nicht im Sinne Putins“, sondern für ein Europa, „das enger zusammensteht als je zuvor“. In Europa habe die Hoffnung geherrscht, die schlimmen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs und das Schicksal der Vertreibung hinter sich gelassen zu haben.

Mit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine sei indes ein furchtbarer Krieg in Europa wieder Realität geworden. „Russland missachtet die Grundsätze der europäischen Nachkriegsordnung, nämlich, dass Grenzen nicht mehr verschoben werden dürfen“, unterstrich der Bundeskanzler.

Bundeskanzler bezeichnet den BdV als „wahre Brückenbauer“

„Wir wollen, dass dieser Krieg endet, so schnell wie möglich“, sagte der Kanzler. Dafür reiche es aber nicht, nach Frieden zu rufen: „Mit der Waffe an der Schläfe lässt sich nicht verhandeln.“ Die Ukraine werde solange unterstützt, wie das nötig sei, versicherte Scholz. Seit Beginn des russischen Überfalls seien 14 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer geflüchtet oder vertrieben worden, davon acht Millionen in die EU, eine Million nach Deutschland. Ihnen zu helfen, gebiete die Menschlichkeit. Für deren Not, deren Heimatverlust und deren Ankunft in der Fremde hätten gerade die Vertriebenen und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler großes Verständnis. Mit großer Empathie würden sie den Betroffenen in enger Zusammenarbeit mit den deutschen Minderheiten in der Ukraine, Polen, der Slowakei, Ungarn und Rumänien helfen – egal, ob in der Migrationsberatung oder über Spenden- und Hilfsaktionen. An die Adresse der Selbstorganisationen der Minderheiten und den BdV

gerichtet sagte der Bundeskanzler: „Sie sind wahre Brückenbauer! Dafür sage ich Ihnen von ganzem Herzen: Vielen Dank!“

Die Bundesregierung bekenne sich zum BdV und seiner Versöhnungsarbeit, sagte der Kanzler. So sei im vergangenen November eine Gerechtigkeitslücke geschlossen worden, fügte er mit Blick auf den Härtefallfonds des Bundes für bestimmte Personengruppen im Rentenrecht hinzu. Von dem Härtefallfonds sollen Menschen profitieren, bei denen es bei der Ost-West-Rentenüberleitung zu Ungerechtigkeiten kam sowie jüdische Kontingentflüchtlinge und Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler. Der Bund stellt für den Fonds 500 Millionen Euro zur Verfügung.

Das heutige Engagement der Vertriebenen und ihrer Verbände zeige, dass sie schon früh „die richtigen Schlüsse aus der Geschichte gezogen“ hätten. Dafür stehe auch die „wegweisende Charta der Heimatvertriebenen“ mit ihrer Zielsetzung eines geeinten Europa, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können, die somit die Basis „Ihrer Versöhnungsarbeit in Europa bis heute und in Zukunft“ sei.

„Deshalb möchte ich mich hier ganz ausdrücklich zur Unterstützung des Bundes der Vertriebenen und seiner Versöhnungsarbeit bekennen. Dazu zählt, die Kultur und

die Geschichte der Deutschen aus den ehemaligen Siedlungsgebieten im östlichen Europa lebendig zu halten“, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz wörtlich und setzte damit das Maß, an dem der BdV und seine Gliederungen die Bundesregierung wohl zukünftig messen werden.

Fabritius: „Härtefallfonds kein Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit“

Wie wichtig aber die Ausgestaltung solcher politischen Botschaften ist, zeigte sich kurz in der Frage des im November 2022 durch die Bundesregierung aufgelegten Härtefallfonds auch für rentenrechtlich benachteiligte Spätaussiedler. Der vom Bund als Lückenschluss dargestellte Härtefonds ist nach Einschätzung des BdV-Präsidenten Fabritius „kein Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit“, denn er schließe nur Spätaussiedler ein, lasse Aussiedler außen vor und halte „mit engen Stichtagsregelungen diese Zielgruppe klein“. Der BdV werde sich weiterhin für „lange überfällige Anpassungen des Fremdrentengesetzes einsetzen“, zumal in diesem Jahr „erstmalig die völlige Angleichung zwischen Ost- und Westrenten Wirklichkeit geworden“ sei.

Diese Haltung beim Thema Rentengerechtigkeit deckte sich mit dem von Dr. Fabritius formulierten „Anspruch, mehr als nur sogenannte ‚Verbandspolitik‘



Der BdV Präsident, Dr. Bernd Fabritius, bei seiner Begrüßungsrede (Bild: BdV)



Der Bundeskanzler bei seiner Ansprache (Bild: BdV)



Begegnungen und Gespräche am Rande des Jahresempfanges:
Links mit dem Vorsitzenden des Bundes der Danziger, Marcel Pauls, und rechts mit der BdV Vorsitzenden in Niedersachsen, Editha Westmann. (Bilder: MKW NRW)



zu betreiben. Vielmehr vertrete der BdV „eine geschichtsbewusste Sicht auf die Zukunft“ und verstehe sich als „Arbeiter der Verständigung“ mit den östlichen Nachbarn, so der BdV-Präsident. Zentral sei dabei der Austausch mit den dortigen deutschen Minderheiten, das gemeinsame Engagement für ein friedliches und geeintes Europa, die – auch grenzüberschreitende – Arbeit an der Kultur- und Brauchtumspflege sowie die Aufnahme und Eingliederung von Spätaussiedlern in Deutschland.

Viele prominente Gäste aus dem In- und Ausland

Neben Vertreterinnen und Vertretern des Bundestages und der Länder sowie der Bundesbeauftragten für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Natalie Pawlik MdB, war die Teilnahme prominenter ausländischer Gäste bemerkenswert.

Der BdV vertritt eine geschichtsbewusste Sicht auf die Zukunft.

**BdV-Präsident
Dr. Bernd Fabritius**



Heiko Hendriks (im Bild rechts) zusammen (v.l.n.r.) mit seinem sächsischen Kollegen Dr. Jens Baumann, der hessischen Beauftragten Margarete Ziegler-Raschdorf, der Bundesbeauftragten Natalie Pawlik, der Künstlerin Helena Goldt sowie der Herausgeberin der Deutschen Zeitung in Moskau, Olga Martens. (Bild: MKW NRW)



Heiko Hendriks im Gespräch mit dem Chefredakteur der Zeitung „Deutscher Ostdienst“, Markus Patzke, und Helena Goldt. (Bild: BdV)

Eine große Delegation der Vertreter der deutschen Minderheiten aus den Nachbarländern war ebenfalls vor Ort. So waren neben Woldemyr Leysle aus der Ukraine u.a. der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Minderheiten (AGDM) in der FUEN, Bernard Gaida, aus Oppeln der Vorsitzende des Verbandes der sozial-kulturellen Gesellschaften der Deutschen in Polen (VdG) und Präsident des Oppelner Regionalparlamentes, Rafał Bartek, aus Rumänien der Vorsitzende des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien, Prof. Dr. Paul-Jürgen Porr, und der Vorsitzende der Michael-Schmidt-Stiftung, Michael Schmidt, aus Russland die erste Vizepräsidentin des IVDK und Herausgeberin der Moskauer Deutschen Zeitung, Olga Martens, aus Kasachstan der Vorsitzende der Stiftung Wiedergeburt, Senatsmitglied Yevgeniy Bolgert, aus Kirgistan, der langjährige Vorsitzende der deutschen Volksgruppe, Valerij Dill, sowie aus Dänemark der Vorsitzende des Bundes deutscher Nordschleswiger, Hinrich Jürgensen, anwesend.

Der Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände e. V. (BdV), kurz Bund der Vertriebenen, ist der Dachverband der deutschen Vertriebenenverbände in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Vereinszweck ist es, die Interessen der von Flucht, Vertreibung und Aussiedlung betroffenen Deutschen wahrzunehmen.



Präsident des seit 1957 bestehenden BdV ist seit November 2014 Bernd Fabritius. Der BdV ist zweigliedrig organisiert: Einerseits gibt es **20 Landsmannschaften**, welche die Herkunftsgebiete der Vertriebenen und Aussiedler repräsentieren, andererseits gibt es **16 Landesverbände**, die die Bundesländer vertreten. Nach eigenen Angaben ist der BdV „der einzige repräsentative Verband der rund 15 Millionen Deutschen, die infolge Flucht, Vertreibung und Aussiedlung in der Bundesrepublik Deutschland Aufnahme gefunden haben und noch finden.“ Neben der Auftaktveranstaltung zum Tag der Heimat ist der Jahresempfang die zentrale Veranstaltung des Verbandes.

 NEUE BÜCHER

VOM WOHL UND WEHE EINER STOLPER FAMILIE

AUTORIN: INGEBORG SZÖLLÖSI

„Selbst das Meer kann nicht alles schlucken“ – wie soll es dann der Mensch vermögen? Um den Themenkomplex „Krieg – Flucht – Vertreibung“ rankt sich Ulrike Dotzers Familiensaga

... über drei Generationen, eine Geschichte, in der Wunden und Narben schwer verheilen, in der viel Ungesagtes und Unbewältigtes schwelt, in der eigene Berufswünsche und privates Glück dem Wohl der Familie geopfert werden, was allerdings durch Fleiß und Umtriebigkeit, Geschick und Geschäftssinn – und mit einer Prise Lebenslust, Ess- und Feierlaune – kompensiert wird. Gefühle sind „Nebengleise“; nicht selten stören sie Beruf und Karriere. Mit Elan und Ehrgeiz erlernte einst Gustav Hirsch das Handwerk eines Friseurs, brachte wertvolle Einsichten und die Tomatensorte „Ochsenherz“ aus New York zurück nach Hinterpommern. Als 19-Jähriger hatte er wie viele andere deutsche Auswanderer Ende des 19. Jahrhunderts sein Glück in der Neuen Welt versuchen und nebenbei den wilhelminischen Rekrutierungsbehörden entkommen wollen. Wegen des frühen Todes seiner beiden älteren Brüder sieht er sich verpflichtet, zu seiner verwitweten, mittellos gewordenen Mutter nach Stolp/Stupsk zurückzukehren. Eine weise Entscheidung, wie sich herausstellen wird. Seine Tochter Clara wird ihren vier Töchtern Rosa, Mathilda, Ursel und Sofie viele Jahre später mit Verve und Überzeugung das Erfolgsrezept ihres Vaters vortragen: „Merkt euch, eins gilt immer: Handwerk hat goldenen Boden.“ Dass Clara musische Talente und intellektuelle Begabungen ihrer Töchter geflissentlich ignoriert, liegt demzufolge auf der Hand. Obwohl die Familie ihre „geliebte Heimat“, also das „Pommernland“, nach dem Zweiten Weltkrieg verlassen muss, bringt ihr das

Friseurhandwerk Glück. „Vor der Flucht“ und „nach der Flucht“ – das ist die Zeitrechnung, in der die Familienmitglieder denken und die sie mit dem Schicksal Millionen anderer Flüchtlinge und Vertriebener nach dem Zweiten Weltkrieg verbindet. Die Klammer zwischen diesen beiden „großen Kapiteln“ ist die Erkenntnis, „dass Wohlstand etwas ist, das nicht nur verloren, sondern auch wiedererlangt werden kann“. Ulrike Dotzers Debütroman gelingt es, kollektive und individuelle Erinnerungen, Zeugnisse und Geschehnisse der Nachkriegszeit miteinander zu verflechten. Seit ihrer Jugend interessiert sich die in Kiel geborene Journalistin für das östliche Europa. Wie die Familie im Roman ist ihre 1945 aus Pommern nach Sachsen-Anhalt geflüchtet und zog drei Jahre später aus der Sowjetischen Besatzungszone weiter nach Schleswig-Holstein. Mit der Aufarbeitung ihrer eigenen Familiengeschichte liefert die Autorin einen kostbaren Mosaikstein zur deutschen Nachkriegsgeschichte.



Ulrike Dotzer: Goldener Boden. Europa Verlag
München 2022, 608 S.,
ISBN 978-3-95890-512-2

Diese Rezension erschien im Magazin Kulturkorrespondenz östliches Europa, Ausgabe März 2023. Mehr Informationen: www.kulturkorrespondenz.de



ABSCHIED VOM BUNDESSPRECHER DER LANDSMANNSCHAFT WEICHSEL-WARTHE (LWW), DR. MARTIN SPRUNGALA

Trauer – auch in Nordrhein-Westfalen – um den Bundessprecher der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, Dr. Martin Sprungala, der am 2. Mai 2023 im Alter von 61 Jahren plötzlich und unerwartet verstorben ist.

Martin Sprungala wurde am 21. Februar 1962 in Dortmund geboren. Seine Vorfahren stammten aus dem Dorf Mauche, heute Mochy, 45 km nordöstlich von Glogau. Nach dem Besuch der Schule arbeitete er als Zeitsoldat im Fernmeldewesen bei Hamburg. Anschließend studierte er in Bochum Geschichte, Geographie und Osteuropäische Geschichte und schloss mit einem Magister ab. 2000 erfolgte seine Promotion. Er war Autor zahlreicher Publikationen. Bereits in seiner Dissertation beschäftigte er sich mit dem Siedlungsgebiet der Zisterzienser von Priment. Seit 2001 war Dr. Sprungala bei der Landsmannschaft Weichsel-Warthe (LWW) aktiv. Als deren Referent für Öffentlichkeitsarbeit war er Schriftleiter des monatlichen Mitteilungsblattes „Weichsel-Warthe“. Seit 2005 engagierte er sich federführend und mit viel Herzblut in der Redaktionsarbeit des „Jahrbuchs Weichsel-Warthe“. Im Jahr 2007 kam als Betätigungsfeld das Bundeskulturreferat der LWW hinzu 2010 wurde er zum Bundessprecher und Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Weichsel-Warthe gewählt.

„Dr. Sprungala war jahrelang das prägende Gesicht der LWW in Deutschland und ein Brückenbauer im besten Sinne. Er hat sich sehr um die Verständigung mit den osteuropäischen Nachbarn bemüht und als Historiker auch auf wissenschaftlicher Ebene bei seinen intensiven Forschungen grenzübergreifende Kontakte gepflegt. Die Landsmannschaft Weichsel-Warthe unter seiner Führung war dem europäischen Gedanke stets verbunden und agierte pro-europäisch. Seine ruhige sachliche Art und sein ausgeprägtes Fachwissen werden mir immer gut in Erinnerung bleiben“, so Heiko Hendriks, der immer wieder persönlichen Kontakt zu ihm hatte. „Mit ihm verlieren wir eine bedeutende Persönlichkeit aus der Community, der eine große Lücke reißt. Es entsprach seinem Wesen, Brücken zu bauen statt Gräben zu ziehen; Unterschiede nicht zu übergehen, aber stets Gemeinsamkeiten zu suchen. Er hat versöhnt, statt zu spalten“, so der Beauftragte der nordrhein-westfälische Landesregierung.

NACHRUF HANS-JOACHIM MUSCHIOI



Foto: privat

Einer der bedeutendsten Vertriebenenfunktionäre in Nordrhein-Westfalen, Hans-Joachim Muschiol, ist am 7. Dezember 2022 im Kreis seiner Familie in Iserlohn verstorben. Der 1925 in Gleiwitz geborene Schlesier, Träger des Bundesverdienstkreuzes und des Schlesierschildes, hat sich vielfältig engagiert und Spuren hinterlassen!

Zeitlebens engagierte er sich in unterschiedlichen Funktionen für die deutschen Heimatvertriebenen in Nordrhein-Westfalen und war auch darüber hinaus bekannt und geschätzt. Er war seit 1951 Mitglied des Bundes der Vertriebenen (BdV) und seitdem auch im Kreisvorstand des Kreisverbandes Iserlohn aktiv.

Nach verschiedenen Tätigkeiten in der Industrie wurde er 1961 stellvertretender Bundesgeschäftsführer der Landsmannschaft Schlesien und kam 1964 als hauptamtlicher Mitarbeiter in die Geschäftsstelle des BdV-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen. Am 1. April 1970 wurde er Landesgeschäftsführer, eine Position, die er bis zum Eintritt in das Rentenalter 1993 beihält. In dieser Zeit wurde ihm bereits 1972 die Silberne, 1984 dann auch die Goldene Ehrennadel verliehen. 1988 wurde ihm das Bundesverdienstkreuz verliehen.

Seit dem Ausscheiden aus der für den Landesverband hauptamtlichen Tätigkeit war er ehrenamtlich für den Landesverband aktiv. Dabei hat er sich seit dem Beginn der 1990er Jahre vor allem in der grenzüberschreitenden Arbeit betätigt. Darüber hinaus hat er erheblichen Anteil an der Aufbauarbeit im Landesverband Thüringen und ist von diesem mit seinen höchsten Auszeichnungen geehrt worden. Von 1993 bis 2004 war er dort stellvertretender Landesvorsitzender.

Hans-Joachim Muschiol war Initiator und Organisator zahlreicher grenzüberschreitender Maßnahmen. Dazu gehörte die Arnsberger Singwoche, ein kultureller Austausch zwischen Jugendlichen aus Schlesien und aus der Bundesrepublik. Zu seinen wichtigsten Anliegen gehörten die historischen Seminare, die in Schlesien jährlich für angehende Deutschlehrer des Deutschlehrer-Kollegs in Ratibor durchgeführt wurden. Für den

Märkischen Kreis hat er 2002 die Partnerschaft mit der Stadt Ratibor initiiert. Die Organisation regelmäßiger Begegnungen zwischen Personen des öffentlichen Lebens aus dem Märkischen Kreis und dem Deutschen Freundschaftskreis gehörten seitdem zu dem festen Programm, das in jedem Jahr von Hans-Joachim Muschiol organisiert wurde. Allen Schwierigkeiten und Hindernissen zum Trotz ist es ihm immer wieder gelungen, zahlreiche Maßnahmen durchzuführen.

Über 70 Jahre war Hans-Joachim Muschiol auch für die Ost- und Sudetendeutschen in unserem Lande tätig. Es gibt sicherlich nicht viele, die das von sich behaupten können. Das ist umso bemerkenswerter, als die Arbeit ja nicht leichter geworden ist, sondern gerade in den letzten 27 Jahren deutlich schwieriger geworden

ist. Zähigkeit und Beharrlichkeit waren vielleicht die charakteristischsten Merkmale gewesen, die sein Wirken und sein Bemühen gekennzeichnet haben. Zähigkeit und Beharrlichkeit, mit der er das einmal als richtig Erkannte gegen alle Schwierigkeiten und Widerstände verfolgte und durchsetzte. Der Bund der Vertriebenen ehrte ihn für seinen unverbrüchlichen Einsatz und seine Standfestigkeit im Ringen um die Rechte der ost- und sudetendeutschen Heimatvertriebenen mit der Wenzel-Jaksch-Medaille. 2018 ehrte ihn die Landsmannschaft Schlesien mit dem Schlesierschild. Auf diese Auszeichnung war er besonders stolz.

Teile des Nachrufs wurden den „Schlesische Nachrichten“ 1/2023 entnommen



2018 besuchte Heiko Hendriks Hans-Joachim Muschiol anlässlich der Verleihung des Schlesierschildes in Iserlohn. Im Gespräch mit ihm und seinem Enkel Paul ließ man gemeinsam nicht nur die Arbeit der vergangenen Jahre Revue passieren, sondern tauschte sich auch über die Herausforderungen für die Zukunft aus.

(Foto: Landesbeirat NRW)

DEN NAMEN SCHLESISIEN UND ISERLOHN IN DIE WELT GETRAGEN

Schlesische Trachten- und Jugendgruppe
„Altvater/Rübezahl“ Iserlohn nun 70 Jahre!



Am 16. August 1952 gründete der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Ortgruppe Iserlohn, Dr. Gottfried Stein gemeinsam mit Brigitte Drobeck und Hans-Joachim Muschiol während einer Veranstaltung im Hotel „Buchenwäldchen“ die Schlesische Trachten- und Jugendgruppe „Altvater/Rübezahl“ Iserlohn. Keiner ahnte zu dieser Zeit, dass diese Trachtengruppe am 16. August 2022 70 Jahre alt werden würde und bis heute in unermüdlichem Einsatz als Gruppenleiter Hans-Joachim Muschiol mit Kontinuität, Beharrlichkeit, Schwung, Ideen und positivem Denken vorsteht. Doch wie begann alles? Wie schwer war der Anfang?

Kurz vor seinem Tod sprachen wir mit **Hans-Joachim Muschiol** und er erinnert sich noch gut daran:

„Ich versprach den Landsleuten, in absehbarer Zeit nach Sammlung von Mitgliedern die Arbeit zu beginnen. Voraussetzung war für mich besonders bei der Trachtenbeschaffung die Unterstützung durch meine Mutter Elisabeth Muschiol. Ohne diese hätte ich die Arbeit besonders bei den Trachten nicht beginnen können. In den nächsten Monaten besuchte ich viele schlesische Familien in Notunterkünften, Baracken und kleinen Wohnungen und warb bemüht um Mitglieder. Dies gelang mir auch, obwohl ich ja durch Arbeits-einsatz selbst nicht so viel Zeit aufbringen konnte. Im Januar 1953 konnte ich im katholischen Vereinshaus in Iserlohn bereits 5 Trachtenträgerinnen und 2 männliche Mitglieder vorstellen. Ende März 1953 fand die erste Gruppenzusammenkunft bereits mit 17 Mitgliedern im Ostlandheim Iserlohn auf der Alexanderhöhe statt.“



Anfang September 1976 im Deutsch-amerikanischen Club von New York



Die Trachtengruppe 1954

Was folgte, war eine **stetig wachsende Zahl an Gruppenmitgliedern**, erste Auftritte, die erste und viele weitere Teilnahmen an den „Deutschlandtreffen der Schlesier“, die Gründung und erste Teilnahme an der „Europeade“, zahlreiche Auslandsfahrten mit intensiven internationalen Begegnungen und vieles mehr. Doch lassen wir Hans-Joachim Muschiol wieder zu Wort kommen:

„Beim Deutschlandtreffen der Schlesier 1959 in Köln trat erstmalig eine flämische Gruppe aus St. Niklas auf. Durch eine Begegnung im Lüdenscheider Wald bei einer Nachtwanderung hatten wir mit einem belgischen Soldaten Kontakt, der dieser Gruppe angehörte. Wir ahnten damals noch nicht, dass durch diese Begegnung der Grundstein für die seit 1964 alljährlich stattfindende „Europeade“ gelegt wurde. Seit 1960 fuhren wir mehrmals im Jahr nach Flandern und es entwickelte sich eine gute Freundschaft, die dazu führte, dass auch viele Gruppen in Nordrhein-Westfalen Kontakte knüpften. Flämische Volkstanzgruppen kamen zu uns und wir fuhren nach Flandern. Die Zusammenarbeit vertiefte sich so, dass im Jahre 1963 die Idee entstand, eine „Europeade“ durchzuführen. Im April 1964 fand die 1. Europeade in Antwerpen statt, an der ca. 600 Jugendliche schlesischer Gruppen aus Nordrhein-Westfalen, an der Spitze die Schlesische Trachten- und Jugendgruppe Iserlohn, teilnahmen. Die Begegnung führte dazu, dass wir viele Kontakte mit ausländischen Gruppen bekamen. Es ergaben sich gegenseitige Interessen.“

Was war das Ziel dieser jungen Landsleute, die sich in einer Gemeinschaft zusammenschlossen, andere Nationen kennenlernten und neben ihrer normalen Arbeit so viel Zeit aufwendeten, um für Schlesien zu werben, für Schlesien zu begeistern, und zwar in einer Zeit, als weder Internet, noch Telefon, Sprachnachrichten und Messenger-Dienste zu den Kommunikationsmitteln der jungen Leute gehörten?

„Aufgabe war und ist es, die deutsche Kultur zu bewahren und zu pflegen. Dazu gehören Singen, Fahنشwingen, die Pflege der Trachten und die Erhaltung von Bräuchen. Einen Schwerpunkt bildet der Volkstanz. Zum Repertoire der Gruppe gehören Tänze aus verschiedenen Regionen Deutschlands, auch aus dem Sauerland. Die Trachtengruppe hat an vielen internationalen Begegnungen in Holland, Belgien, Frankreich, Norwegen und den USA teilgenommen und damit zur Völkerverständigung beigetragen. Nach 1990 sind die Kontakte nach Ostmitteleuropa, insbesondere Schlesien, ausgedehnt worden. Die Erlebnisse, Auftritte und Begegnungen der Mitglieder der Schlesischen Trachten- und Jugendgruppe lesen sich (z.B. in dem 2010 herausgegebenen Katalog „55 Jahre Jugend- und Kulturarbeit“, zu dem es auch eine immer noch zu besichtigende Ausstellung gibt – zuletzt schauten sich Volker Bouffier und Paul Ziemiak, MdB, diese 2017 in Iserlohn Letmathe an – wie eine zeithistorische Reise selbst.

↓ USA-Fahrt 1976



Die Gruppe 1986

Einige Höhepunkte seien hier stellvertretend für das intensive und jahrzehntelange Gruppenleben genannt:

- » die deutsch-polnischen Begegnungen mit der Exil-polnischen Gruppe Syrena im Jahr 1965
- » die Reise im Sommer 1976 zum 200-jährigen Bestehen der USA nach Des Moines/Iowa und New York als Botschafter Deutschlands
- » die zahlreichen „Arnsberger Singwochen“ in Arnsberg und Schlesien
- » die Begegnungen aufgrund der inzwischen 60-jährige Freundschaft mit der Exil-Ukrainischen Gruppe „Poltava“ aus Genk/Belgien,
- » die Reisen nach Norwegen, Südtirol, Ungarn,
- » die Reise in die Normandie, u.a. auch im Jahr 1964, bei der ein Kamerateam mitreiste und der Film „Europa ohne Grenzen“ gedreht wurde,
- » und nach 1990 die vielen kulturellen Seminare in Schlesien und Oberschlesien selbst, die grenzüberschreitende Kulturarbeit, das Sommersingen in Iserlohn,
- » die Begleitung aller Iserlohner Festlichkeiten zum Stadtjubiläum (750 Jahre Iserlohn 1987),
- » die gelebte Partnerschaft des Märkischen Kreises mit dem Kreis Ratibor (2021: 20 Jahre, die SN berichtete) und nicht zu vergessen
- » die jährlichen Ausgestaltungen des Tages der Heimat, des Volkstrauertags in Iserlohn und anderswo und vieles anderes mehr, das zu dem Leben der Trachtengruppe gehört.

Bedeutende politische und gesellschaftliche Persönlichkeiten haben die Mitglieder der Trachtengruppe persönlich getroffen: am 5. September 1962 in Bonn den französischen Präsidenten Charles de Gaulles und am 22. Juni 1963 in Bonn den amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy, beide Präsidenten bekamen Geschenke aus Schlesien überreicht. Den Entertainer Thomas Gottschalk in Ratibor trafen sie bei der Eröffnung des Eichendorffzentrums Lubowitz, Minister Dr. Norbert Blüm in Witten, Dr. Herbert Hupka, Dr. Herbert Czaja und Wenzel Jaksch und im April 2017 den damaligen Ministerpräsidenten Volker Bouffier in Iserlohn-Letmathe. Ihn verbindet mit Hans-Joachim Muschiol eine besondere Ehrung: beide bekamen im Jahr 2018 den Schlesierschild überreicht, die höchste Auszeichnung der Landsmannschaft Schlesien. Die Pandemie der letzten Jahre hat wie bei allen Vereinen die Gruppenarbeit eingeschränkt, aber es bestehen die Zuversicht und der Plan, dass das Gruppenjubiläum im Jahr 2023 mit einer Veranstaltung gefeiert wird.

„Die Erlebnisse, Auftritte und Begegnungen der Mitglieder der Schlesischen Trachten- und Jugendgruppe lesen sich wie eine zeithistorische Reise selbst.“



↑ 2018: Verleihung des Schlesierschilds an Hans-Joachim Muschiol, 4. August 2018

→ 2016 bei der Eröffnung der Kultur- und Jugend-Begegnungsstätte Iserlohn Letmathe



Alle Fotos privat, Archiv der Schlesischen Trachtengruppe Iserlohn



Die Gruppe 2009

Der Schlesierschildträger Hans-Joachim Muschiol blickt gerne zurück, **aber auch immer nach vorne:**

„Es war und ist jedoch sehr beglückend und lohnend gewesen, wenn ich an die vielen persönlichen Begegnungen und daraus entstehenden Freundschaften denke. Den Wert der nationalen und internationalen persönlichen Begegnungen, die der Völkerverständigung dienen, können wir heute in unserer globalisierten Welt nicht hoch genug schätzen. In den jungen Jahren der Bundesrepublik und im geteilten Deutschland und Europa waren Begegnungen möglich, die nachhaltige persönliche Verbindungen und Freundschaften geschaffen haben. Die Namen „Iserlohn“ und „Schlesien“ wurden in alle Welt getragen. Möge dies noch viele Jahre fortauern. Denn Erinnern und Begegnen sind die Grundpfeiler, um Zukunft zu gestalten.

CHRONIK DES NRW LANDESBEIRATS FÜR VERTRIEBENEN-, FLÜCHTLINGS- UND SPÄTAUSSIEDLERFRAGEN

KAPITEL 7 – UNVERDROSSEN FÜR DIE EINHEIT (1969–1977)

Den Landesbeirat brachte die Veränderung der politischen Großwetterlage in eine recht zwiespältige Situation. Einerseits wurde die Kritik an der Neuen Ostpolitik geteilt, andererseits wollte man weiter gestaltend für die Belange der Vertriebenen tätig sein – ein Anspruch, der im Einvernehmen mit der ihrerseits auf einer sozialliberalen Koalition basierenden, seit Ende 1966 amtierenden nordrhein-westfälischen Landesregierung unter Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD) verwirklicht werden musste. Die Brückenfunktion zwischen den Vertriebenen und den Einheimischen, die der Landesbeirat seit jeher ausfüllte, verstärkte sich in dieser Konstellation noch. Im Unterschied zu dem weit aus später gegründeten Bund der Vertriebenen (BdV), der als unabhängiger Verband den Anspruch erhob, die Vertriebenen insgesamt zu vertreten, war ein strikter Oppositionskurs schwieriger zu realisieren, wenn man weiterhin erfolgreich auf die nordrhein-westfälische Regierungspolitik Einfluss nehmen wollte. Bereits 1968, als sich der außenpolitische Umschwung bei den Sozialdemokraten abzeichnete, machte NRW-Sozialminister Werner Figgen (SPD) (im Bild) deutlich, dass er in Zeiten des zunehmenden Konfliktes mit dem BdV auf Unterstützung des Landesbeirates zählte:



NRW-Sozialminister Werner Figgen (Foto: Bundesarchiv)

[...] unterscheidet sich der Beirat wesentlich von der reinen Interessenvertretung durch die Verbände, die notwendigerweise politisch akzentuierter, damit aber zwangsläufig einseitiger ihren Standpunkt vertreten müssen.

Dagegen ist gewiss nichts zu sagen; das ist legitim und das Recht der Verbände. Allerdings gilt das nur so lange, wie eine solche Interessenvertretung nicht in unsachliche Polemik ausartet oder gar in ein radikales Fahrwasser zu geraten droht. An diesem Punkt hört jedes Verständnis auf. Der Landesbeirat aber scheint mir [...] gegen solche Entartungen gefeit zu sein. Deshalb ist er für mich und mein Haus [...] die wichtigste Plattform des Gesprächs über die Angelegenheiten der Vertriebenen- und Flüchtlingspolitik dieses Landes.

Die Zäsur von 1971

Neben diesen äußeren Einflüssen kam es auch im Innenleben der Beiratsarbeit Anfang der siebziger Jahre zu Veränderungen. Die Mitgliederversammlung des Landesbeirates wählte 1971 im Haus des Deutschen Ostens den Bottroper Landtagsabgeordneten Paul Scholz (CDU), der in Schlesien aufgewachsen war, zum Beiratsvorsitzenden, nachdem der bisherige Vorsitzende Günter Lehmann aus Pommern auf eine Wiederwahl verzichtet hatte. Lehmann wurde ebenso einstimmig zum Ehrenvorsitzenden gewählt wie zuvor Scholz zum neuen Vorsitzenden. Doch nicht nur an der Spitze des Beirates kam es zu einer Umbesetzung. Staatssekretär Otto Benesch aus dem zwischenzeitlich um das Gebiet Gesundheit erweiterten Arbeits- und Sozialministerium wies in seiner Rede darauf hin, dass von den 90 Mitgliedern des neuen Landesbeirates nicht weniger als 50 neu in diesem Gremium seien. Benesch lobte diesen Generationswechsel, der vor allem die Mitglieder ohne Vertriebenenhintergrund betraf, die als

Vermittler zu den Einheimischen fungierten. Der personelle Umbruch des Jahres 1971 ging einher mit einer Reform des Ausschusswesens. Die mittlerweile neun Ausschüsse hatten sich als nicht mehr zeitgemäß erwiesen. Viele Themen berührten mehrere Ausschüsse gleichzeitig, wodurch es zunehmend zu Reibungsverlusten und doppelter Arbeit kam. Man beschloss daher eine Reduzierung auf vier Unterausschüsse. Unverändert blieb der Landwirtschafts- und Siedlungsausschuss bestehen. Zwar waren bis dahin bereits 36.600 Siedlerstellen mit Hilfe von Landesmitteln in Höhe von 980 Millionen DM eingerichtet worden, dennoch gab es immer noch 10.000 Siedlungsbewerber in Nordrhein-Westfalen. Angesichts dieser beträchtlichen Anzahl war es eine nachvollziehbare Entscheidung, dieses Kernproblem der Vertriebenenarbeit weiterhin in einem eigenen Ausschuss zu bearbeiten. Bis Ende 1973 trug nicht zuletzt das Engagement des Landwirtschafts- und Siedlungsausschusses dazu bei, die Zahl der im Lande geschaffenen Siedlerstellen noch einmal auf insgesamt 41.416 Stellen auszubauen. Als Erich Steves, seines Zeichens Präsident des Bauernverbandes der Vertriebenen, 1974 den Vorsitz des Ausschusses übernahm, blieb die Aufgabenliste weiterhin umfangreich. Insbesondere die kontinuierlichen Kürzungen der Siedlungsmittel von Bund und Land sollten zumindest abgemildert werden. Zudem machte sich der Generationswechsel bei den Vertriebenen durch zwei nun vermehrt auftretende Probleme auch in diesem Bereich bemerkbar: Zum einen durch die nicht gesicherte Altersversorgung vieler ostdeutscher Bauern, zum anderen in der Frage nach Siedlungsunterstützung für die nächste Generation. Der Landesbeirat beanstandete regelmäßig den Altersunterhalt der vertriebenen Landwirte, der in keinem Verhältnis zu dem im Osten verlorengegangenen Besitz stand, sowie die Tatsache, dass ein im Bundesgebiet geborener Sohn eines Vertriebenen nicht als Siedler gefördert wurde. Das Thema Landwirtschaft blieb somit weiterhin kontinuierlich präsent.

Zusammenlegung von Ausschüssen

Nachdem sich die Schaffung und Bereitstellung von Wohnraum für die Vertriebenen im Westen über mehr als zwei Jahrzehnte als die soziale

Kernaufgabe des Beirates erwiesen hatte, entschloss sich die Mitgliederversammlung 1971, den Sozialausschuss mit dem Wohnungs- und Bauausschuss unter der Leitung von Erhard Scharis und seinem Stellvertreter Walter Nowoczin zusammenzulegen. Der alte Sozialausschuss hatte sich noch zuvor verstärkt einer neuen Aufgabe zugewandt – der Aufrechterhaltung von Bindungen an die alte Heimat. Da die Finanzkraft der Betroffenen oft nicht ausreichte, um Reisen zu Verwandten und Freunden zu bezahlen, bemühte man sich um Beihilfen zu den Reisekosten. Hierzu wurde 1970 ein Referent des Gesamtdeutschen Institutes befragt. Weitere Ausschussthemen in den siebziger Jahren waren das Landesaufnahmegesetz sowie das Häftlingshilfegesetz. Letzteres war 1955 zur Unterstützung ehemaliger politischer Häftlinge der DDR geschaffen worden. Es gewann an Aktualität, als die DDR im Zuge der Neuen Ostpolitik vermehrt Häftlinge in die Bundesrepublik entließ. Neben Haftentschädigung ging es hierbei insbesondere um die Anrechnung von Haftzeiten als Ersatzzeiten bei der Rentenversicherung. Ein ähnlicher Zusammenhang wie zwischen sozialen Belangen und Wohnraumfragen bestand seit jeher zwischen der wirtschaftlichen Situation der Flüchtlinge und Vertriebenen und dem Lastenausgleich. Er verstärkte sich mit dem allmählichen Rückgang diverser Kreditmöglichkeiten, wobei sowohl die Bewilligungen als auch die Anzahl der Antragssteller sank. Da das Lastenausgleichsgesetz mehr denn je zur Hauptmöglichkeit der wirtschaftlichen Konsolidierung von Ostdeutschen wurde, entschloss sich die Mitgliederversammlung 1971, auch die Ausschüsse für Wirtschaft und Lastenausgleich zusammenzulegen. Im neuen Wirtschafts- und Lastenausgleichsausschuss unter dem Vorsitzenden Walter Haack und seinem Stellvertreter Hans May stand dementsprechend der Lastenausgleich im Mittelpunkt des Interesses. Aber auch andere wirtschaftliche Themen blieben auf der Tagesordnung. Als etwa die Landesregierung 1973 einen Antragsstopp für gewerbliche Kredite erließ, bemühte man sich zumindest die bereits laufenden Flüchtlingskreditanträge mit einem Volumen von etwa 2 Millionen DM abzuwickeln. Zu einer neuen Qualität der Ausschussarbeit führte die vierte Zusammenlegung von 1971, der Fusion des Kultur- und des Jugendausschusses. Nachdem

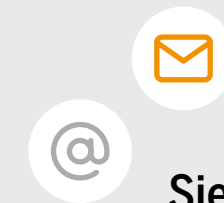


Innerdeutsche
Grenze 1977
(Bild: Deutsche
Fotothek Gerik)

Oskar Salat nach 25 Jahren Vertriebenenarbeit in führender Position nicht mehr für den Vorsitz antrat, übernahm Werner Bader nun mit Barbara Schoch als Stellvertreterin den neuen Kultur-, Gesellschafts- und Jugendausschuss. Die BILD – Schülerwettbewerb 1998 Zusammenlegung der Bereiche Kulturpflege und Jugend erwies sich als gelungene Innovation, galt es doch insbesondere der nachwachsenden Generation, von der viele sich in ihrem Leben noch nie östlich der Elbe aufgehalten hatten, die Kultur der betreffenden Regionen zu vermitteln. Als wenig hilfreich erwiesen sich dabei die Medien, die sich mit der Mehrheit ihrer Zuhörer, Leser oder Zuschauer von dieser Thematik abzuwenden drohten. Man dachte daher über Seminare für Journalisten nach und beklagte das Fehlen positiver Berichte über die Vertriebenen und Flüchtlinge in den Printmedien. Zunehmend geriet auch das Fernsehen in die Kritik der Vertriebenenvertreter. Der Beirat bemühte sich, positiven Einfluss insbesondere auf den WDR auszuüben. So forderte er beispielsweise

für die Sendung „Alte und neue Heimat“ eine Ausstrahlung im ersten Programm der ARD statt in den dritten Programmen. Auch bei der Sendezeit regte man Verbesserungen an. Mindestens genauso wichtig wie die Medienkritik waren eigene Initiativen des Landesbeirates, die dem schwindenden Interesse an der Sache der Vertriebenen gegensteuern sollten. Zentrales Projekt blieb hier der Schülerwettbewerb, dem man sich nun noch verstärkt widmete. So wurde beispielsweise die Nachbereitung intensiviert und dabei die Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung, den Volkshochschulen und dem BdV gesucht. Als Preise gab es unter anderem Gruppenfahrten in osteuropäische Länder und Wochenseminare. Auch die Themenauswahl wurde nun stärker durchdacht, wofür eine eigens errichtete Sonderkommission des Jahres 1977 verantwortlich zeichnete.

Dieses Kapitel ist weitgehend der Broschüre „60 Jahre Landesbeirat“ der Autoren Michael Weigand und Arno Barth entnommen



Sie möchten das VAS-Journal kostenlos bestellen oder weitere Personen für den Verteiler vorschlagen? Dann kontaktieren Sie uns per E-Mail unter landesbeirat@mkw.nrw.de

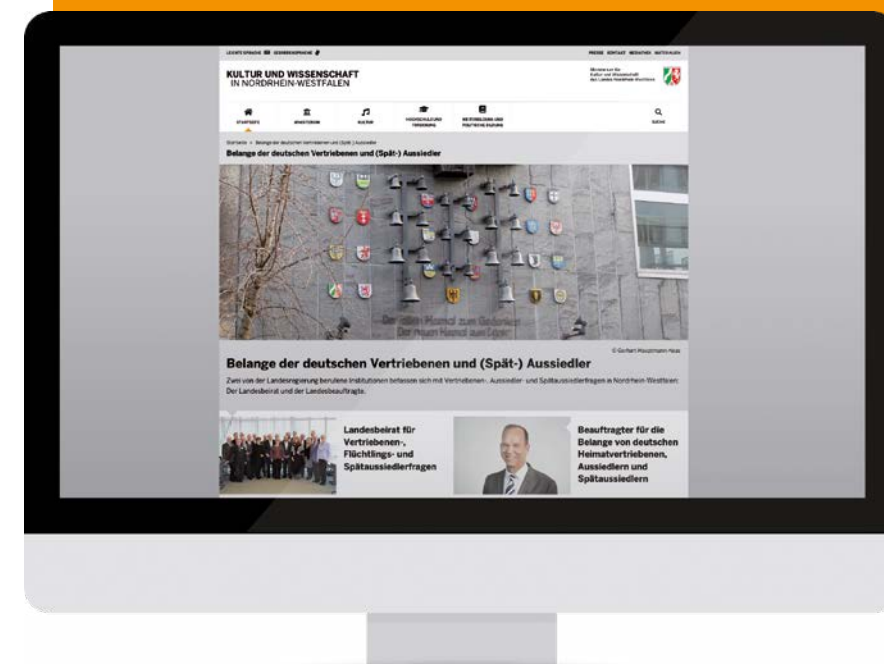


2 KLICKS REICHEN!

Viele Informationen rund um die Arbeit des Landesbeirats und des Beauftragten der Landesregierung gibt es auch online:

<https://www.mkw.nrw/belange-der-deutschen-vertriebenen-und-spaetaussiedler>

Dort finden Sie auch alle Ausgaben des VAS-Journals als pdf-Version.



Folgen Sie uns auch auf TWITTER und INSTAGRAM unter @VABNRW

IMPRESSUM

Herausgeber und V.i.S.d.P.

Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und
Spätaussiedlerfragen beim Ministerium für Kultur und
Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen

Das Büro des Landes-
beauftragten und die
Geschäftsstelle des Landes-
beirates befinden sich im

**RW14-Gebäude
Völklinger Straße 4
40219 Düsseldorf**

Die Postanschrift lautet:

**Landesbeirat
im Ministerium für
Kultur und Wissenschaft
40190 Düsseldorf**

Telefon 0211 896-4874

E-Mail: landesbeirat@mkw.nrw.de

www.mkw.nrw/landesbeirat

Redaktionsteam:

Claudia Brecht, Carina Feiter, Julia Garbar, Heiko Hendriks

Nicht namentlich gekennzeichnete Beiträge/Artikel sind von
dem Redaktionsteam verfasst worden.

Druck: www.druckdiscount24.de

Gestaltung: siebenzwoplus / Büro für Gestaltung
Maya Hässig und Benjamin Brandt,
Thürmchenswall 72, 50688 Köln

Diese Publikation kann per E-Mail bestellt werden:
landesbeirat@mkw.nrw.de

Diese Publikation ist urheberrechtlich geschützt. Jede
Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz
zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des
Herausgebers.

Veröffentlichte Beiträge decken sich nicht immer mit
den Ansichten des Herausgebers. Sie dienen dem freien
Meinungsaustausch der Mitglieder von Vertriebenen- und
(Spät-)aussiedlerverbänden.

© MKW, 2023

